



Europäische Union  
Regionalpolitik

# panorama

inforegio

40

Winter 2011/2012

Kohäsionspolitik  
2014-2020

In Europas Regionen investieren

de

## EDITORIAL

Johannes Hahn

3

### SCHWERPUNKT – KOHÄSIONSPOLITIK 2014-2020

Die Investitionsstrategie für EU-Wachstum und -Wettbewerbsfähigkeit in der Zukunft

4-11

12-15

### INTERVIEWS

Alain ROUSSET, Präsident der Vereinigung der französischen Regionen  
Anders KNAPE, Präsident des Verbands der schwedischen Kommunen und Regionen

16-19

### REAKTIONEN AUF DIE VORSCHLÄGE ZUR ZUKÜNFTIGEN KOHÄSIONSPOLITIK

20

### GEMEINSAMER STRATEGISCHER RAHMEN 2014-2020

21

### EFFEKTIVERE HILFE BEI SCHWEREN NATURKATASTROPHEN

22-23

### KARTEN

30- bis 34-Jährige mit Hochschulabschluss in der EU  
Beschäftigungsquoten der 20- bis 64-Jährigen in der EU

24

### FEHLERANALYSE IN DER KOHÄSIONSPOLITIK

25

### ERFOLGREICHE INVESTITIONEN IN DEN TOURISMUS

26-29

### PROJEKTBEISPIELE AUS FRANKREICH, DEM VEREINIGTEN KÖNIGREICH, RUMÄNIEN UND ESTLAND

30-33

### NACHHALTIGE STADTENTWICKLUNG

34

### REGIOSTARS

35

### SOZIALE MEDIEN IN DER EU-KOHÄSIONSPOLITIK

Fotos (Seiten):

Titelseite: © Shutterstock

Seite 3, 7, 8, 9, 10-11, 31, 33, 34: © Europäische Kommission

Seite 16-19: © Philip Lange/Shutterstock

Seite 21: © Johannes Wachter

Seite 25, 32-33, 35: © Shutterstock

Dieses Magazin ist in gedruckter Form auf Recycling-Papier in englischer, französischer und deutscher Sprache verfügbar.

Online-Fassungen sind in 21 Sprachen abrufbar unter [http://ec.europa.eu/regional\\_policy/information/panorama/index\\_de.cfm](http://ec.europa.eu/regional_policy/information/panorama/index_de.cfm)

Die Beiträge in dieser Veröffentlichung geben die Ansichten der Verfasser und nicht notwendigerweise die Meinungen der Europäischen Kommission wieder.



Im Oktober veröffentlichte die Kommission ihre Vorschläge für die Kohäsionspolitik nach 2013. In dieser *Panorama*-Ausgabe präsentieren wir Ihnen einen Überblick über die Vorschläge sowie einige Kommentare der wichtigsten Interessenvertreter.

Dieser neue Ansatz in der Kohäsionspolitik erfolgt zu einem Zeitpunkt, da Wirtschaftswachstum in allen EU-Mitgliedstaaten entscheidend ist. Mehr denn je muss Europa alle notwendigen Investitionen tätigen, die helfen, sein wirtschaftliches Potenzial zu aktivieren und Arbeitsplätze zu schaffen.

Die Kohäsionspolitik verwaltet über 350 Mrd. EUR – ein Drittel des gesamten EU-Budgets – und sollte deshalb – davon sind wir fest überzeugt – eines der wichtigsten Instrumente werden, um dies zu erreichen.

Die Kohäsionspolitik hat bereits bewiesen, welchen Beitrag sie in diesem Bereich leisten kann. Zwischen 2000 und 2006 wurden durch die Kohäsionspolitik 1,4 Millionen Arbeitsplätze geschaffen. Circa 34 Millionen europäischen Bürgern geht es heute besser, weil ihre Regionen die Wirtschaftsleistung deutlich erhöhen konnten.

Europa muss mit den aufstrebenden Mächten in der globalisierten Wirtschaft besser konkurrieren können. Das ist die logische Überlegung hinter der Strategie Europa 2020 – einem umfangreichen Maßnahmenpaket, das die EU 2010 ins Leben rief, um wettbewerbsfähigeres, nachhaltigeres und integrativeres Wachstum zu fördern und zu unterstützen. Eine intelligenterere und fokussiertere Kohäsionspolitik wird einer der Schlüssel dazu sein. Wir beabsichtigen, die Kohäsionspolitik nach 2013 zur Hauptinvestitionsstrategie der Europäischen Union zu machen, zum wichtigsten Instrument bei der Umsetzung der Ziele der Strategie Europa 2020.

Dabei wollen wir aber sicherstellen, dass sie weiterhin eine Politik für alle Regionen und Bürger bleibt, ein Investitionsprogramm, das Wachstum und Beschäftigung für alle generiert.

#### **Klarere Zielsetzung**

Auch bei der Leistung und Umsetzung dieser Kohäsionspolitik wollen wir einen Quantensprung sehen. Mehr denn je stehen die öffentlichen Finanzen unter Druck, eine intelligente und effiziente Ausgabenpolitik ist unerlässlich. Die öffentlichen Investitionen werden sich deshalb noch mehr als zuvor auf eine kleine Anzahl wachstumsverbessernder Investitionsprioritäten konzentrieren. Wir nennen dies „thematische Konzentration“.

Dies bedeutet, dass wir die Prioritäten bei Investitionen so setzen werden, dass sie ihre maximale Wirkung entfalten und den maximalen Mehrwert schaffen können. Ein weiterer wichtiger Punkt ist, dass die Investitionen für die Regionen, in denen sie getätigt werden, angemessen sein müssen. Deshalb haben wir unsere Vorschläge so flexibel gestaltet, dass alle Regionen eine Investitionsstrategie nach ihren eigenen Entwicklungsbedürfnissen und Herausforderungen wählen können. Dies ist die Botschaft, die dem Partnerschaftsansatz zugrunde liegt, welchen wir zwischen der Kommission und jedem Mitgliedstaat vorschlagen.

Auf den folgenden Seiten erfahren Sie mehr zu diesem Thema.

**Johannes Hahn**

*Mitglied der Europäischen Kommission, zuständig für Regionalpolitik*

# KOHÄSIONSPOLITIK 2014-2020 – DIE INVESTITIONSSTRATEGIE FÜR EU-WACHSTUM UND -WETTBEWERBSFÄHIGKEIT IN DER ZUKUNFT

**Am 6. Oktober 2011 stellte die Europäische Kommission ihre Vorschläge für einen neuen Ansatz in der EU-Kohäsionspolitik für den Zeitraum 2014-2020 vor. Ziel war es, die Funktionsweise der Fonds der Kohäsionspolitik zu modernisieren und den Einsatz regionaler Mittel eng mit den Zielen der Strategie Europa 2020 – Schaffung von Arbeitsplätzen und intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum – zu verbinden.**

Das vorgeschlagene Budget für Programme im Zeitraum 2014-2020 beläuft sich auf 336 Mrd. EUR (im Vergleich zu 350 Mrd. EUR im aktuellen Zeitraum 2007-2013). Fast die Hälfte dieses Betrags wird in Investitionen in weniger entwickelte Regionen fließen – über 160 Mrd. EUR.

Mindestens 84 Mrd. EUR werden über den Europäischen Sozialfonds (ESF) zur Verfügung stehen, um Beschäftigungsmöglichkeiten anzuregen und lebenslanges Lernen sowie soziale Eingliederung zu fördern.

Darüber hinaus wird eine neue Fazilität „Connecting Europe“ (CEF) geschaffen, um die Entwicklung wichtiger Infrastruktur in den Bereichen Verkehr, Energie und Informationstechnologien voranzutreiben. Für die neue CEF wurde ein Budget von 40 Mrd. EUR vorgeschlagen, über den Kohäsionsfonds sollen weitere 10 Mrd. EUR zweckgebunden bereitgestellt werden.

## Wichtiger Impuls für die Regionen

Angesichts der Summen, die für die Kohäsionspolitik zur Verfügung stehen – über ein Drittel des gesamten EU-Haushalts –, ist die Kommission davon überzeugt, dass die Kohäsionspolitik einen entscheidenden Beitrag zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft, des sozialen Zusammenhalts und der Schaffung zusätzlicher und besserer Arbeitsplätze leisten kann.

„Wir möchten die Kohäsionspolitik als wichtigste Investitionsstrategie der Europäischen Union konsolidieren, als Schlüssel zum Erreichen der Ziele der Strategie Europa 2020“, erklärte Johannes Hahn, EU-Kommissar für Regionalpolitik. „Wir brauchen im Umsetzungsverfahren und in der Leistung der Kohäsionspolitik einen Quantensprung, um sicherzustellen, dass sie weiterhin eine Politik für alle Bürger und Regionen ist – eine Investition, die Wachstum und Beschäftigung für alle bringt.“

## Erfolge der Kohäsionspolitik

„Ex-post“-Evaluierungen des vorhergehenden Programmzeitraums 2000-2006 haben gezeigt, wie umfassend die Auswirkungen der Investitionen im Rahmen der Kohäsionspolitik wirklich sind. Circa 230 000 kleine und mittlere Unternehmen wurden finanziell unterstützt (vor allem durch Finanzhilfen, aber auch durch Darlehen und Risikokapital), weitere 1,1 Mio. erhielten Beratung und Unterstützung zur Vernetzung, wodurch EU-weit schätzungsweise eine Million Arbeitsplätze geschaffen wurden. In der Forschung entstanden mithilfe der Kohäsionspolitik 38 000 dauerhafte, hochwertige Arbeitsplätze. Außerdem wurden circa 8 400 km Schienen gelegt und 5 100 km Straße gebaut oder modernisiert, und bis zu 20 Millionen EU-Bürger erhielten Zugang zu sauberem Trinkwasser.

Dank der Unterstützung der EU-Kohäsionspolitik konnten die neueren Mitgliedstaaten einen Anstieg des Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 5 % verzeichnen.





## Warum ein neuer Ansatz?

Angesichts der Wirtschaftskrise ist es notwendig, mit einem gleichbleibenden Budget mehr zu erreichen. Dies erfordert die Umsetzung ehrgeiziger Politik, die außerdem effektiver ist, eine bessere Steuerung erlaubt und über ein straffes Umsetzungsverfahren verfügt, um den Verwaltungsaufwand für die Empfänger nachhaltig zu verringern.

Um dies zu erreichen, müssen die Mittel konzentriert und zielgerichteter eingesetzt werden, die Ziele müssen klarer definiert sein. So werden sie mehr Wirkung zeigen und bessere Ergebnisse hervorbringen. Durch eine intelligente Ausgabenpolitik können die Instrumente der Kohäsionspolitik mit der gleichen Summe mehr erreichen.

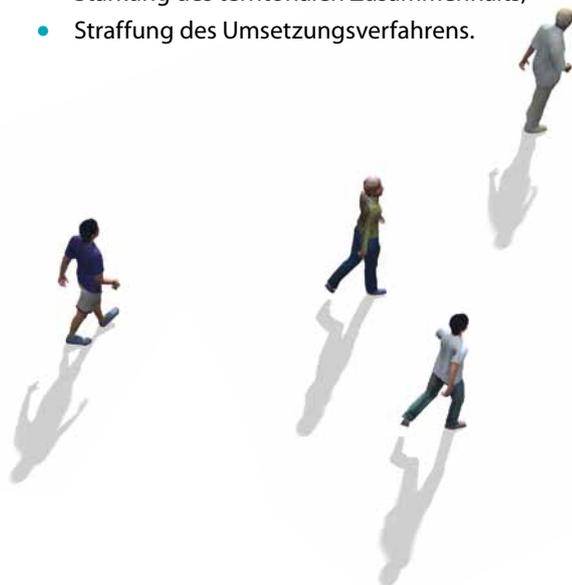
### Ziele

Eines der Hauptziele des neuen Ansatzes ist es, die Kohäsionspolitik als Hauptinvestitionsstrategie für die Strategie Europa 2020 zu konsolidieren.

### Wichtigste Änderungen

Die Kommission hat eine Reihe wichtiger Änderungen im Hinblick auf die Gestaltung und Umsetzung der Kohäsionspolitik vorgeschlagen:

- Konzentration auf die Ziele von Europa 2020;
- Leistungshonorierung;
- Unterstützung integrierter Programmplanung (Investitionen kombinieren);
- Ergebnisorientierung und stärkeres Monitoring der Fortschritte;
- Stärkung des territorialen Zusammenhalts;
- Straffung des Umsetzungsverfahrens.



## DIE UMSETZUNG VON EUROPA 2020 – THEMATISCHE KONZENTRATION

Die Kohäsionspolitik wird zur Umsetzung von Europa 2020 durch die Konzentration von Investitionen auf folgende Bereiche beitragen:

- Forschung und Innovation
- Informations- und Kommunikationstechnologien (IKTs)
- Wettbewerbsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU)
- Umstellung auf eine CO<sub>2</sub>-arme Wirtschaft
- Anpassung an den Klimawandel sowie Risikoprävention und -management
- Umweltschutz und effiziente Nutzung von Ressourcen
- Nachhaltigkeit im Verkehr und Beseitigung von Engpässen in zentralen Netzinfrastrukturen
- Beschäftigung und Förderung der Mobilität der Arbeitskräfte
- Soziale Integration und Armutsbekämpfung
- Bildung, Kompetenzen und lebenslanges Lernen
- Aufbau der institutionellen Kapazitäten und effiziente öffentliche Verwaltung

## Ein neuer Rahmen: zwei Hauptziele – drei Regionenkategorien

Für den Zeitraum 2014-2020 hat die Kommission einen vereinfachten Rahmen mit zwei Zielen vorgeschlagen: „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung“ der Mitgliedstaaten und die „Europäische territoriale Zusammenarbeit“. Dies spiegelt die Übereinstimmung mit der Strategie Europa 2020 wider, wonach alle Regionen einen Beitrag zu dem übergeordneten Ziel von Investitionen in Wachstum und Beschäftigung leisten, die Mittel sowie der Umfang der Intervention sich jedoch danach richten, wie gut die Region wirtschaftlich entwickelt ist.



## Regionenkategorien

Für Regionen mit einem Pro-Kopf-BIP zwischen 75 % und 90 % des EU-Durchschnitts ist eine neue Finanzierungs-kategorie angedacht. Diese *Übergangsregionen* werden beim Erreichen der Ziele von Europa 2020 bezüglich Energieeffizienz, Innovation und Wettbewerbsfähigkeit besondere Unterstützung erhalten.

Die drei festgelegten Kategorien sind wie folgt förderfähig:

- „Weniger entwickelte“ Regionen, deren Pro-Kopf-BIP weniger als 75 % des EU-Durchschnitts beträgt, werden in der Kohäsionspolitik weiterhin Vorrang haben. Der maximale Kofinanzierungsanteil wird bei weniger entwickelten Regionen und Regionen in äußerster Randlage bei 75-85 % liegen.

- Für „Übergangsregionen“, deren Pro-Kopf-BIP zwischen 75 % und 90 % des EU-Durchschnitts beträgt, wird ein Kofinanzierungsanteil von 60 % gelten.
- „Stärker entwickelte“ Regionen, deren Pro-Kopf-BIP über 90 % des EU-Durchschnitts beträgt. Der Kofinanzierungsanteil wird bei 50 % liegen.

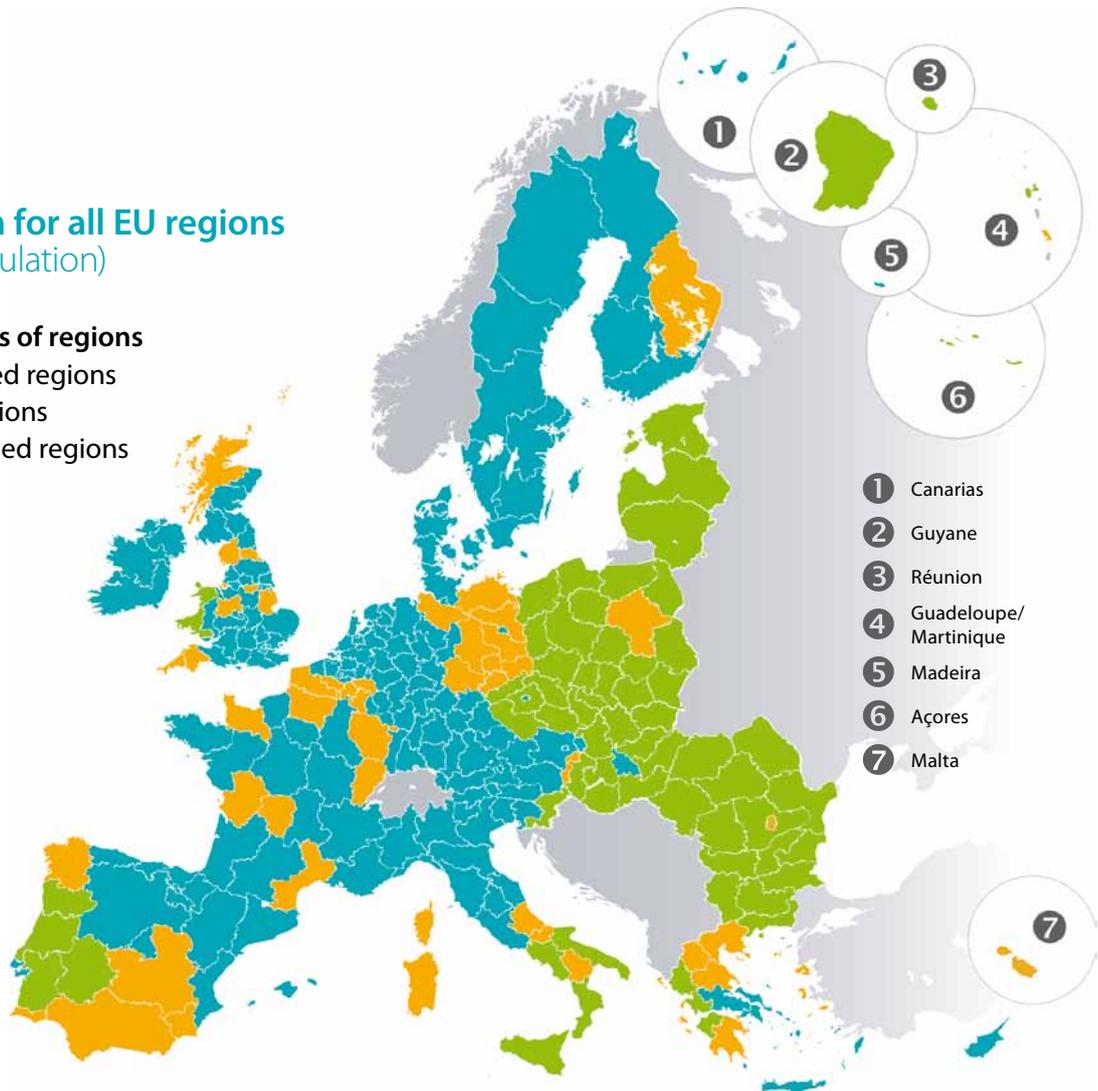
Die neue „Übergangskategorie“ – in die nach den aktuellen Zahlen vermutlich 51 Regionen und über 72 Millionen Menschen fallen werden – dient dem Ziel, Regionen, die in den vergangenen Jahren wettbewerbsfähiger geworden sind, aber immer noch zielgerichtete Investitionen benötigen, weiter zu stärken.

## A fair system for all EU regions (eligibility simulation)

### Three categories of regions

- Less developed regions
- Transition regions
- More developed regions

GDP/capita\*  
 ■ < 75 % of EU average  
 ■ 75-90 %  
 ■ > 90 %  
 \*index EU27=100





## Gemeinsame Regelungen für alle Fonds

Zu den Hauptpunkten des neuen Vorschlags gehören vereinfachte Regelungen sowie Leistungsbedingungen und -anreize, die alle das Ziel haben, die Effektivität der regionalen Investitionen zu steigern.

Die fünf Strukturfonds\* sollen gemeinsame Regelungen erhalten, um ihre Kohärenz und Wirkung zu stärken.

Zusätzlich wurden drei spezifische Verordnungen für den EFRE, den ESF und den Kohäsionsfonds vorgeschlagen. Diese beziehen sich auf die Aufgaben und Ziele der Kohäsionspolitik, den Finanzrahmen, spezifische Programmplanungs- und Berichterstattungsregelungen, wichtige Projekte und gemeinsame Aktionspläne. Sie legen außerdem detaillierte Projektverwaltungs- und Kontrollanforderungen sowie die spezifischen Regelungen für die Finanzverwaltung fest. Darüber hinaus soll das Verwaltungsverfahren durch eine neue Onlinedatenerfassung beschleunigt werden.

### EUROPÄISCHER VERBUND FÜR TERRITORIALE ZUSAMMENARBEIT

Die Kommission schlägt Änderungen im Hinblick auf die folgenden Aspekte der derzeitigen EVTZ-Verordnung vor:

- Leichtere Gründung eines EVTZ;
- Überprüfung des Tätigkeitsbereichs;
- Öffnung der EVTZs für Regionen außerhalb der EU;
- Klarere Betriebsvorschriften für Personaleinstellung, Ausgaben und Gläubigerschutz;
- Praktische Zusammenarbeit bei der Erbringung öffentlicher und lokaler Dienstleistungen;
- Mehr Flexibilität bei der Mitgliedschaft;
- Nicht-EU-Mitglieder möglich;
- Vereinfachte Vorschriften;
- Spezifizierte Kriterien für die Zulassung oder Ablehnung eines EVTZ durch nationale Behörden;
- Begrenzte Frist für Prüfung und Entscheidung.

Für die Europäische territoriale Zusammenarbeit (grenzüberschreitend, transnational und interregional) und die Arbeitsweise des Europäischen Verbundes für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ) wurde eine eigene Verordnung vorgeschlagen.

### EUROPÄISCHE TERRITORIALE ZUSAMMENARBEIT

- Ziel der Kohäsionspolitik, das nationalen, regionalen und lokalen Akteuren aus verschiedenen Mitgliedstaaten einen Rahmen für den Erfahrungsaustausch und für ein gemeinsames Vorgehen bei der Suche nach gemeinsamen Lösungen für gemeinsame Probleme bietet.
- Wichtiger Beitrag zur Förderung des neuen Ziels des territorialen Zusammenhalts nach dem Vertrag von Lissabon.
- Die vorgeschlagenen Bestimmungen schenken dem länderübergreifenden Kontext von Programmen mehr Beachtung und enthalten spezifische Regelungen für die Zusammenarbeit.
- Vereinfachte Vorschriften.
- Es gilt die thematische Konzentration.
- Transnationale Zusammenarbeit kann die Entwicklung und Umsetzung makroregionaler Strategien unterstützen.

\* Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), Europäischer Sozialfonds (ESF), Kohäsionsfonds, Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) und Europäischer Meeres- und Fischereifonds (EMFF).

## Intelligente Investitionen

Damit die Kohäsionspolitik in Zukunft noch wirkungsvoller zur Umsetzung der EU-Prioritäten beitragen kann, schlägt die Kommission einen Rahmen für strategische und intelligente Investitionen vor.

Dazu gehören die Einführung eines Gemeinsamen Strategischen Rahmens (GSR), Partnerschaftvereinbarungen und eine Reihe thematischer Ziele, welche die Ziele von Europa 2020 in konkrete Maßnahmen umsetzen.

Die Kommission schlägt ein integrierteres Konzept für regionale Investitionen vor. Dazu gehören gemeinsame Regelungen zur Förderfähigkeit sowie die Möglichkeit von Multifonds-Programmen für den EFRE, den ESF und den Kohäsionsfonds.

Die Konzentration auf EU-Prioritäten durch den EFRE wird durch folgende Schwerpunkte sichergestellt:

- Energieeffizienz und erneuerbare Energien;
- Forschung und Innovation;
- Wettbewerbsfähigkeit von KMU.

Weniger entwickelte Regionen werden aus einer umfangreicheren Bandbreite von Investitionsprioritäten wählen können, was ihre größeren Entwicklungsbedürfnisse widerspiegelt. Von stärker entwickelten Regionen und *Übergangsregionen* wird erwartet, dass sie 80 % ihrer EFRE-Ressourcen auf Energieeffizienz und erneuerbare Energien, Forschung, Innovation und die Wettbewerbsfähigkeit von KMU konzentrieren.

Der GSR, der die Hauptprioritäten der EU enthält, wird für alle Fonds gelten, einschließlich des Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und des Meeres- und Fischereifonds. Multifonds-Programme, welche die Mittel des EFRE, ESF und des Kohäsionsfonds bündeln, werden die Koordination vor Ort und die integrierte Entwicklung stärken.

### LEISTUNGSRAHMEN FÜR INTELLIGENTE INVESTITIONEN

- Der Gemeinsame Strategische Rahmen – der die strategischen Leitlinien der Gemeinschaft ersetzen und die wichtigsten Prioritäten der EU in konkrete Maßnahmen umsetzen wird – wird für alle Fonds gelten, auch für den Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Meeres- und Fischereifonds, und er wird eine bessere Koordination der EU-Investitionen sicherstellen.
- Partnerschaftvereinbarungen, die die Kommission und die Mitgliedstaaten zu Beginn schließen, werden den nationalen Gesamtbeitrag zu den thematischen Zielen sowie die Verpflichtung zu konkreten Maßnahmen für die Umsetzung der Ziele von Europa 2020 festschreiben. Ein Leistungsrahmen wird klare und messbare Zielvorgaben festlegen.
- Verträge, die auf der nationalen Bewertung regionaler Entwicklungsanforderungen und den Prioritäten des jeweiligen Mitgliedstaates basieren. Richtwerte und Etappenziele für die Leistung werden vereinbart und müssen erreicht werden, um sich für die Investition zu qualifizieren.

## Leistungshonorierung

Zur Verbesserung der Leistung und der Ergebnisse werden neue Bestimmungen eingeführt, die sicherstellen sollen, dass die EU-Investitionen den Mitgliedstaaten einen starken Anreiz bieten, die Ziele und Vorgaben von Europa 2020 umzusetzen.

Hierbei handelt es sich um Bedingungen, die erfüllt sein müssen, bevor die Finanzmittel fließen (*ex ante*), sowie Bedingungen, welche die Vergabe weiterer Mittel von der Leistung abhängig machen (*ex post*).





Durch diese *Ex-post*-Konditionalitäten soll der Fokus verstärkt auf Leistung und das Erreichen von in der Partnerschaftsvereinbarung festgelegten Etappenzielen in Verbindung mit Europa 2020 gelegt werden (siehe Kasten).

Circa 5 % des Budgets werden beiseitegelegt und jenen Mitgliedstaaten zugewiesen, die ihre Etappenziele in vollem Umfang erreicht haben.

#### LEISTUNGSRAHMEN

- Ergebnisorientierung – gemeinsame und programmspezifische Indikatoren, Berichterstattung, Monitoring und Evaluierung.
- Leistungsrahmen für alle Programme – klare und messbare Etappenziele und Zielvorgaben.
- Leistungsgebundene Reserve – 5 % der nationalen Mittelzuweisungen (je Mitgliedstaat, Fonds und Regionenkategorie).
- *Ex-ante*-Konditionalität – stellt sicher, dass Voraussetzungen für wirkungsvolle Investitionen gegeben sind.
- Makroökonomische Bedingungen – Ausrichtung nach der neuen wirtschaftspolitischen Steuerung.

## Investitionen in Bildung und soziale Eingliederung

Entsprechend den Zielen von Europa 2020 werden die Finanzmittel des ESF vorrangig in die Förderung der Beschäftigung und Mobilität der Arbeitskräfte, in Investitionen in Bildung, Kompetenzen und lebenslanges Lernen, die Bekämpfung der Armut und die Verbesserung der institutionellen Kapazitäten und der Effizienz der öffentlichen Verwaltung fließen.

Um die soziale Dimension zu stärken, werden 20 % der ESF-Ausgaben für Maßnahmen zur sozialen Eingliederung bereitgestellt. Der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, der Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und Antidiskriminierungsmaßnahmen wird mehr Bedeutung zukommen.

## Investitionen in Verkehr und Umwelt

In Mitgliedstaaten mit einem Pro-Kopf-Bruttonationaleinkommen (BNE) von unter 90 % des EU-Durchschnitts wird der Kohäsionsfonds in das Hauptziel Umweltschutz investieren (z. B. in Projekte zur Anpassung an den Klimawandel und zur Risikoprävention sowie in die Infrastruktur der Wasser- und Abfallwirtschaft). Investitionen in Energieeffizienz und erneuerbare Energien sind ebenfalls förderfähig.

Abgesehen von der Förderung des transeuropäischen Verkehrsnetzes (TEN-V) wird der Kohäsionsfonds auch Investitionen in CO<sub>2</sub>-arme Verkehrssysteme und in den innerstädtischen Personenverkehr fließen lassen.



## Straffung der Regelungen und des Umsetzungsverfahrens

Die Regelungen zur Förderfähigkeit werden vereinfacht, um Bürokratie abzubauen und Verwaltungskosten zu senken.

Die gemeinsamen Bestimmungen zum Umsetzungsverfahren enthalten Standardregeln zur Nutzung von Finanzinstrumenten, zu vereinfachten Kosten und zur Dauerhaftigkeit von Vorhaben.

Vereinfachte Kostenoptionen wie Pauschalbeträge ermöglichen den Mitgliedstaaten die Einführung einer leistungsorientierten Verwaltung für einzelne Vorhaben.

Auch das Konzept einer einheitlichen Anlaufstelle für die Empfänger wurde eingeführt.

### STRAFFUNG DES UMSETZUNGSVERFAHRENS

Der neue Ansatz der Kohäsionspolitik der EU konzentriert sich auf die Straffung des Umsetzungsverfahrens und den Bürokratieabbau.

#### Gemeinsame Regelungen – GSR-Fonds

- Kohäsionspolitik, Entwicklung des ländlichen Raums sowie Meeres- und Fischereipolitik
- Einfachere Verwaltung durch bessere Harmonisierung der Regelungen zur Förderfähigkeit

#### Möglichkeit von Multifonds-Programmen

- EFRE, ESF und Kohäsionsfonds

#### Vereinfachtes und gestrafftes Umsetzungsverfahren

- Stärkere Anwendung vereinfachter Kosten
- Ergebnisgebundene Zahlungen
- E-Cohesion: einheitliche Anlaufstelle für Empfänger
- Kontrollansatz nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit
- Weniger an der Umsetzung beteiligte Behörden mit klareren Aufgaben
- Einfacheres Antragssystem für „Großprojekte“

## Nachhaltige territoriale Entwicklung

Die Vorschläge legen den Fokus verstärkt auf eine nachhaltige Stadtentwicklung. In Anbetracht der Rolle, die Städte bei der Schaffung von Arbeitsplätzen und beim Wachstum spielen können, werden 5 % der EFRE-Finanzmittel für nachhaltige Stadtentwicklung bereitgestellt (siehe Kasten). Um den Städten mehr Gelegenheit zur Vernetzung zu geben und den Erfahrungsaustausch innerhalb der Städtepolitik zu erleichtern, ist die Einrichtung einer Plattform für Stadtentwicklung vorgesehen.

In den Vorschlägen ist außerdem ein integrierter Ansatz für eine lokale, von der örtlichen Bevölkerung betriebene Entwicklung enthalten. Dies ermöglicht die Umsetzung lokaler Entwicklungsstrategien durch örtliche Gruppen, u. a. durch Kommunalbehörden, Nichtregierungsorganisationen oder Wirtschafts- und Sozialpartner, nach dem Vorbild des LEADER-Konzepts, das bei der Entwicklung des ländlichen Raums angewendet wird.

Besondere Aufmerksamkeit wird Gebieten mit natürlichen oder demografischen Besonderheiten, wie einer niedrigen Bevölkerungsdichte, zukommen, und zwar durch eine Sonderzuweisung für Regionen in äußerster Randlage.





## NACHHALTIGE STADTENTWICKLUNG

- Anerkennung der Rolle der Städte bei der Verbesserung von Wachstum und Beschäftigung in Europa.
- Fokussierung auf nachhaltige Stadtentwicklung: Jeder Mitgliedstaat soll 5% des EFRE für „integrierte Maßnahmen“ (kombinierte Investitionen aus verschiedenen Prioritäten und Programmen, verwaltet von den Städten) bereitstellen.
- Eine Plattform für Stadtentwicklung, aufbauend auf den Erfahrungen mit URBACT – einem europäischen Programm für nachhaltige Stadtentwicklung – wird eingerichtet, um den Kapazitätsaufbau und den Erfahrungsaustausch in der EU zu fördern.
- Die Kommission schlägt außerdem vor, einen Teil des Budgets (0,2% der EFRE-Zuwendung) für die Finanzierung innovativer Maßnahmen in Städten bereitzustellen.
- Auch die bessere Koordination zwischen Anlageinvestitionen und Investitionen in Humankapital in Städten wird gefördert.

## Nächste Schritte

Die derzeitigen Finanzierungsprogramme laufen noch bis 2013. Für die Programme, die 2014 anlaufen, ist ein neuer rechtlicher Rahmen erforderlich. Seit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon fallen alle Verordnungen zur Kohäsionspolitik unter das ordentliche Gesetzgebungsverfahren, wodurch die Rolle des Europäischen Parlaments als vollständiger Mitgesetzgeber bei Allgemeinen Verordnungen gestärkt wird. Die Vorschläge zur Kohäsionspolitik werden nun von Rat und Parlament geprüft, die Verabschiedung soll bis Ende 2012 erfolgen, 2014 soll die neue Verordnung in Kraft treten.

Anfang 2012 wird die Kommission einen Entwurf zum GSR vorschlagen, die mit Europa 2020 übereinstimmen und die Ziele in konkrete Maßnahmen umwandeln wird. Es wird ein umfassendes Konsultationsverfahren geben, das allen offen steht: Mitgliedstaaten, Regionen, Städten, EU-Institutionen, Wirtschafts- und Sozialpartnern, Organisationen der Zivilgesellschaft, der Wissenschaft sowie Bürgern. Der Rahmen wird den Mitgliedstaaten helfen, ihre Vorhaben zu planen und die nationalen und regionalen Behörden dabei unterstützen, klare, erreichbare und messbare Ziele in den wichtigsten Bereichen zu setzen.

Die Verhandlungen über den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen werden gleichzeitig fortgesetzt.

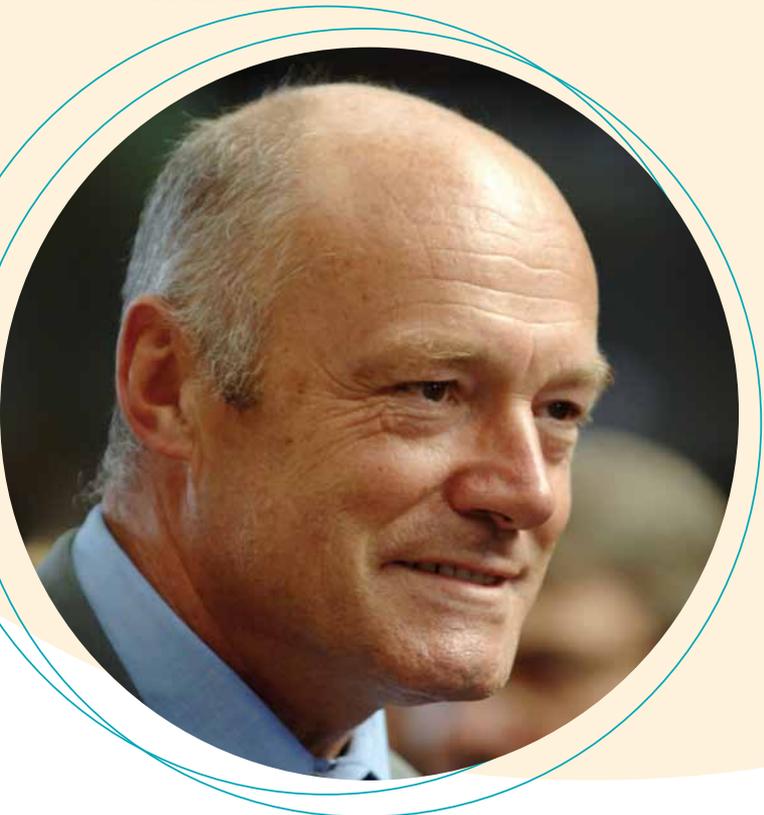
# ALAIN ROUSSET

Präsident der Vereinigung der französischen Regionen

## Alain Rousset, Präsident der Vereinigung der französischen Regionen, erläutert *Panorama* seine Ansichten zu den Vorschlägen zur Zukunft der Kohäsionspolitik der EU.

„Die französischen Regionen glauben, dass die enge Verbindung zwischen der zukünftigen Kohäsionspolitik und der neuen Strategie Europa 2020 ein wesentlicher Punkt ist, um aus dem aktuellen Programmzeitraum Nutzen zu ziehen und seine Bemühungen auszuweiten“, erklärt Alain Rousset, Präsident der Vereinigung der französischen Regionen (ARF).

„Mehr denn je ist es aber entscheidend, die Planung und Steuerung politischer Vorhaben zur wirtschaftlichen Entwicklung zu dezentralisieren, um diejenigen einzubeziehen, welche die Auswirkungen dieser Vorhaben am besten beurteilen können“, führt er weiter aus. „Die Beziehung zwischen den gewählten Volksvertretern und Unternehmen wird durch mehr Nähe gestärkt. Dies ist der Schlüssel zur Kohäsion. Es ist auch der Schlüssel zum Erfolg von Europa 2020“, betont er.



## Multifonds-Programme

Obwohl sie die Einführung der neuen Multifonds-Programme, welche die Integration zwischen dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und dem Europäischen Sozialfonds (ESF) stärken sollen, unterstützen, beharren die französischen Regionen darauf, dass die Verwaltung aus Gründen der Effizienz und Effektivität der öffentlichen Intervention in ihren Händen liegen sollte.

„Wir sind der Meinung, dass die Regionen die echten Multifonds-Programme direkt verwalten sollten [EFRE<sup>(1)</sup>, ESF<sup>(2)</sup> und ELER<sup>(3)</sup>]. So könnten wir sicherstellen, dass die Finanzierung politischer Vorhaben strikt den Interessen der betroffenen Gebiete entspricht. Ansonsten sind die europäischen Finanzmittel nur ein Ersatz für die Gelder, die der Staat für auf nationaler Ebene beschlossene Vorhaben zahlen müsste und für die er immer weniger aufkommen möchte“, sagt Rousset.

„Wir müssen diese diskriminierende Praxis, nach der die französischen Regionen die Strukturfonds nicht gleichberechtigt mit ihren europäischen Pendanten verwalten dürfen, endlich beenden“, erklärt Rousset entschieden.

## Im Kampf gegen die Krise

Rousset, der gleichzeitig Präsident des Regionalrats der Region Aquitanien ist, sagt, ihm liege das Thema „intelligentes Wachstum“ sehr am Herzen. Die französischen Regionen stehen hinter den wichtigsten Vorschlägen der Kommission, die Umsetzung der Strukturfonds sowie des

»Niemand zweifelt heute daran, dass die Kohäsionspolitik der EU ihren Wert im Umgang mit der Finanzkrise bewiesen hat.«

(1) EFRE – Europäischer Fonds für regionale Entwicklung

(2) ESF – Europäischer Sozialfonds

(3) ELER – Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums

EFRE und ESF direkt zu gestalten, die „wissensbasierte Wirtschaft“ zu unterstützen und „intelligentes, nachhaltiges und integratives“ Wachstum für ganz Europa zu fördern.

„Niemand zweifelt heute daran, dass die Kohäsionspolitik der EU ihren Wert im Umgang mit der Finanzkrise bewiesen hat. Der Programmzeitraum 2007-2013 war für die französischen Regionen ein Wendepunkt. In diesem Zeitraum ist der Finanzierungsansatz wirklich zu einem entscheidenden Instrument geworden, das wichtige Investitionen in den Bereichen Forschung, Innovation und Technologietransfer ermöglicht“, fügt er hinzu.

„Und da die Umsetzung auf regionaler Ebene erfolgt und sich auf die Finanzierung von Bereichen konzentriert, die mit der Lissabon-Strategie in Verbindung stehen, sind alle französischen Gebiete – nicht nur die großen Städte und Industriezentren – in die Diversifizierung der wirtschaftlichen Aktivitäten und in die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie und des Wachstums von KMU eingebunden.“

Ein wichtiger Punkt dabei war die Ausweitung der von den Regionen geförderten Vorhaben und die Unterstützung der Gründung und Entwicklung innovativer Unternehmen in wichtigen Industrie- und Dienstleistungsbranchen.

„Wir hatten so die Möglichkeit, eine dynamische wirtschaftliche Basis zu schaffen und zu stärken und in ganz Frankreich und Europa aktiv zu sein, sodass wir nun weniger anfällig für kommende Finanz- und Wirtschaftskrisen sind. So können wir Investitionen für die Zukunft tätigen. Dieser Prozess muss unbedingt fortgesetzt werden“, betont Rousset.

## Unterstützung von Übergangsregionen

Der ARF hat die Einführung der Kategorie „Übergangsregionen“ entschieden unterstützt und ist hocherfreut, dass die Kohäsionspolitik weiterhin in allen europäischen Regionen zum Einsatz kommt, dabei aber den Regionen in äußerster Randlage besondere Aufmerksamkeit zukommen lässt.

Obwohl die französischen Regionen den Vorschlag unterstützen, Partnerschaftsvereinbarungen einzuführen, die

»...bei den Partnerschaftsvereinbarungen sollte es sich um vollständig integrierte Dreiparteienverträge handeln, um sicherzustellen, dass die Anliegen der lokalen Interessenvertreter berücksichtigt werden.«

präzise wechselseitige Verpflichtungen zwischen den Mitgliedstaaten und der Europäischen Union beinhalten, sind sie der Meinung, dass es sich bei den Partnerschaftsvereinbarungen um vollständig integrierte Dreiparteienverträge handeln sollte, um sicherzustellen, dass sämtliche Anliegen lokaler Interessenvertreter, die in der Kohäsionspolitik immerhin eine Schlüsselrolle spielen, berücksichtigt werden.

## Makroökonomische Konditionalität

Den Wunsch einiger Regierungen, einschließlich der französischen, die Kohäsionspolitik nach dem Stabilitäts- und Wachstumspakt mit einer Leistungskomponente zu verbinden, lehnen die französischen Regionen jedoch ab.

„Wir lassen uns keinesfalls für das Versagen des Staates bei seinen regionalen Verpflichtungen haftbar machen“, betont Rousset.

Die ARF und die französischen Regionen werden in die Verhandlungen zum Finanzrahmen und zu den Verordnungen zur Kohäsionspolitik eng eingebunden sein und die französische Regierung dazu auffordern, die „wahre“ Kohäsionspolitik, welche die neuen Vorschläge repräsentieren, uneingeschränkt zu unterstützen.

Die effektive Anwendung des EFRE und ESF auf lokaler Ebene sind für das Erreichen der Ziele der Regionen sowie der Strategie Europa 2020 wesentlich, unterstreicht Rousset.

# ANDERS KNAPE

Präsident des Verbands der schwedischen Kommunen und Regionen

## **Panorama spricht mit Anders Knappe, dem Präsidenten des Verbands der schwedischen Kommunen und Regionen, SALAR, über die Frage, welche Auswirkungen die Kohäsionspolitik der EU nach 2013 für die schwedischen Regionen haben wird.**

„Die Ausrichtung der zukünftigen Kohäsionspolitik der EU auf die neue Wachstums- und Beschäftigungsstrategie – die Strategie Europa 2020 – gibt der Kohäsionspolitik einen strategischeren Fokus und stellt eine wesentliche Beziehung zu den Wirtschaftszielen der EU her“, sagt Anders Knappe, Präsident von SALAR. Der Verband heißt das Vorhaben der Europäischen Kommission, die Kohäsionspolitik für ganz Europa nicht nur beizubehalten, sondern weiterzuentwickeln, willkommen.

„Alle Regionen Europas sollten weiterhin Teil der Kohäsionspolitik sein, sodass wir die vereinbarten Ziele hinsichtlich Beschäftigung, Bildung, Armutsbekämpfung, Klimawandel und Forschung gemeinsam erreichen können“, fügt er hinzu.

### **Flexible Prioritäten**

SALAR unterstützt den Vorschlag, sich in der Kohäsionspolitik stärker auf Initiativen mit weniger Prioritäten zu konzentrieren. Nach Meinung des Verbands würde die Politik so effektiver und angemessener.

**» Die Kohäsionspolitik ist nicht nur ein Mittel zur Umverteilung von Geldern, sondern ein Weg, auf dem alle europäischen Regionen dazu beitragen können, dass die Ziele der EU für wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt erreicht werden. «**

Diese Prioritäten müssten jedoch jederzeit sich ändernde regionale Voraussetzungen und Anforderungen berücksichtigen. „Wenn Herausforderungen, die als die wichtigsten in einer Region erkannt wurden, aufgrund zu strenger Prioritäten nicht angegangen werden können, führt dies unter Umständen dazu, dass der so wichtige Elan und das Interesse auf regionaler Ebene, an Entwicklungsprojekten in der Region tatsächlich teilzunehmen, abnimmt, was ausnahmslos negative Folgen hätten“, warnt Knappe.

### **Steuerung auf mehreren Ebenen**

Mit der Finanzierung der regionalen Entwicklung als Ausgangspunkt sollte sich die Kohäsionspolitik bemühen, eine stärkere Koordinierung der Sektoren zu erreichen, um zielorientierte Vorhaben zur Wachstumsförderung zu unterstützen. Nach Meinung von SALAR sollte dies insbesondere durch eine fortschrittliche Steuerung auf mehreren Ebenen geschehen, sodass lokalen und regionalen Institutionen eine anerkannte Rolle sowohl bei der Planung als auch bei der Umsetzung politischer Vorhaben zukäme.

Der Verband begrüßt daher den Vorschlag der Kommission, die betroffenen Fonds unter einem Gemeinsamen Strategischen Rahmen zusammenzufassen. So kann das regionale Element des Sozialfonds und seine Verbindung zu Vorhaben für regionales Wachstum gestärkt werden.

Dem Standpunkt der schwedischen Regierung, die dafür plädiert, die Finanzmittel für die Kohäsionspolitik zu verringern und sich vor allem auf die weniger entwickelten Regionen Europas zu konzentrieren, steht der schwedische Verband jedoch kritisch gegenüber.

„Die Kohäsionspolitik ist nicht nur ein Mittel zur Umverteilung von Geldern, sondern ein Weg, auf dem alle europäischen Regionen dazu beitragen können, dass die Ziele der EU für wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt erreicht werden“, erklärt Knappe.

## » Das Wachstum und die Wettbewerbsfähigkeit der Städte sind nicht nur Grundvoraussetzungen für das Wachstum und die Entwicklung der umliegenden Regionen, sondern des gesamten Landes. «



„Wir begrüßen den Vorschlag der Kommission für Partnerschaftsvereinbarungen zwischen der EU und den Mitgliedstaaten über Entwicklung und Investitionen. Dies setzt jedoch voraus, dass dieser Vertrag in enger Zusammenarbeit mit den lokalen und regionalen Institutionen aufgesetzt wird“, führt Knappe aus. „Wird die Kommission eine solche Zusammenarbeit vorschreiben?“, fragt er sich.

### Die urbane Dimension des Wachstums

Anders Knappe betont, dass die Programme der Rolle, die städtische Gebiete bei Wachstum und Entwicklung spielen, sowie der Einführung der dritten Dimension der Kohäsion – der territorialen Dimension – besondere Aufmerksamkeit schenken müssen.

Wie er erklärt, sind das Wachstum und die Wettbewerbsfähigkeit der städtischen Gebiete nicht nur Grundvoraussetzungen für das Wachstum und die Entwicklung der umliegenden Regionen, sondern des gesamten Landes.

„Städtische Gebiete sind die Knotenpunkte des Arbeitsmarktes, der Waren- und Dienstleistungsmärkte sowie für Wissen, Informationen und Entscheidungsfindung. Wir begrüßen deshalb den Vorschlag für eine Plattform für Stadtentwicklung. Aber auch der Beziehung zwischen städtischen und ländlichen Gebieten muss besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden.“

Knappe hebt hervor, wie wichtig es ist, den Begriff „städtisches Gebiet“ richtig zu definieren, der in jedem einzelnen Mitgliedstaat an die jeweiligen Voraussetzungen angepasst werden müsse. Wie er ausführt, sind etwa in Schweden die lokalen Behörden für einen viel größeren Teil der öffentlichen Dienstleistungen zuständig als in anderen Ländern.

Seiner Meinung nach muss die Entwicklung des ländlichen Raums als integraler Bestandteil der regionalen Entwicklung gesehen werden und sollte dementsprechend in den Verantwortungsbereich der Regionalbehörden fallen.

### Das Risiko Abhängigkeit

Knappe gibt zu Bedenken, dass die vorgeschlagene neue Kategorie der „Übergangsregionen“, in die Regionen fallen, deren BSP bei 75 % bis 90 % des EU-Durchschnitts liegt, dazu führen könnte, dass die betroffenen vormals weniger entwickelten Regionen von EU-Mitteln abhängig bleiben.

„Im Endeffekt könnte sich herausstellen, dass aufgrund dieser neuen Kategorie nicht genügend Finanzmittel für die weniger und stärker entwickelten Regionen bleiben. Statt diese neue und kostspielige permanente Kategorie einzuführen, könnte diesen Regionen mit flexibleren Phasing-out-Instrumenten geholfen werden.“

# REAKTIONEN AUF DIE VORSCHLÄGE ZUR ZUKÜNFTIGEN KOHÄSIONSPOLITIK

Die Kommission folgte bei der Entwicklung ihrer Vorschläge für die EU-Kohäsionspolitik nach 2013 einem umfassenden Konsultationsansatz. Anfang 2011 präsentierten über 440 Organisationen während einer Konsultation zum 5. Bericht über den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt der Kommission ihre detaillierten Meinungen, wertvollen Einsichten und positiven Empfehlungen zu den neuen Vorschlägen.

Dazu gehörten neben den offiziellen Standpunkten der Mitgliedstaaten 225 Beiträge von regionalen und lokalen Behörden, 66 von Wirtschafts- und Sozialpartnern und 37 von europäischen Interessenorganisationen für territoriale Angelegenheiten.

Nach der Veröffentlichung des Kommissionsvorschlags im Oktober fragte *Panorama* eine Reihe von Interessenvertretern aus verschiedenen Bereichen nach ihrer Meinung zu dem neuen Gesetzgebungspaket.

## MED PROGRAMME

„Ist die thematische Konzentration im Bereich der transnationalen Zusammenarbeit wirklich nötig?“

Die Vertreter der Programme für transnationale Zusammenarbeit begrüßen die positiven Veränderungen, welche die Kommission nach den Konsultationen mit wichtigen an diesem Prozess beteiligten Interessenvertretern an ihren Vorschlägen vorgenommen hat.

Das gemeinsame Team für transnationale Zusammenarbeit, das 13 Programme aus ganz Europa, vom nördlichsten Rand bis zu den MED-Programmen vereint, weist darauf hin, dass allgemein anerkannt ist, dass sich der Förderbereich B der Kohäsionspolitik als sehr effektiv erwiesen hat. Mit nur geringen Finanzmitteln (0,5% des gesamten Kohäsionsbudgets) wurden viele Maßnahmen umgesetzt, um eine höhere territoriale Integration zu erreichen und die Lebensqualität der Menschen zu verbessern.

Die Erhöhung der finanziellen Zuwendung für den Zeitraum 2014-2020 von derzeit 1,8 Mrd. EUR auf 2,4 Mrd. EUR ist wohl eine der Änderungen im Vorschlag der Kommission, die wir am meisten begrüßen.



TRANSNATIONAL COOPERATION

Darüber hinaus können auch Regionen in Drittländern, die unter ENPI oder IPA fallen, von Finanzmitteln aus Programmen von verfügbaren externen Instrumenten profitieren. Dies sind exzellente Neuigkeiten, nun müssen wir noch einen Weg finden, sie umzusetzen.

Bei vielen Programmen ist jedoch fraglich, ob die thematische Konzentration und die Verpflichtung, sich für vier von elf Zielen zu entscheiden, im Bereich der transnationalen Zusammenarbeit wirklich notwendig sind.

Diese und andere Fragen werden in den Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament und dem Rat angesprochen werden. Dies ist wichtig, da durch die transnationale Zusammenarbeit Regionen aus verschiedenen Ländern zusammen an einem gemeinsamen und abgestimmten Ansatz gegenüber Problemen arbeiten können, die dasselbe Gebiet betreffen, sei dies ein Flussgebiet, eine Bergkette oder ein Küstengewässer.

### Mercedes Acitores Franzón

Verbindungsbeauftragte MED-ENPI MB

Verbindungsbüro MED-ENPI MB

[www.programmemed.eu](http://www.programmemed.eu)

Transnationale Zusammenarbeit

[www.transnational-cooperation.eu](http://www.transnational-cooperation.eu)



## EUROPEAN WOMEN'S LOBBY

Kohäsionspolitik für ein Europa, in dem die Gleichstellung der Geschlechter Wirklichkeit ist?



EUROPEAN WOMEN'S  
LOBBY  
EUROPÉEN DES FEMMES

Die Kohäsionspolitik hat das Potenzial, die Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern am Arbeitsplatz und im Privatleben in allen Mitgliedstaaten zu bekämpfen. Derzeit kann die Kohäsionspolitik diese Aufgabe jedoch nicht erfüllen. Die zielgerichtete Förderung für die Gleichstellung von Männern und Frauen nimmt ab und das Gender-Mainstreaming wird nicht angemessen umgesetzt. Der Kommissionsvorschlag zur zukünftigen Kohäsionspolitik ist ein Schritt in die richtige Richtung.

Die vorgeschlagene Allgemeine Verordnung beinhaltet strengere Klauseln zum Gender-Mainstreaming und verpflichtet die Mitgliedstaaten, Strategien zur Verwirklichung der Gleichstellung der Geschlechter zu entwickeln und umzusetzen. Der Europäische Sozialfonds erhält ein klareres Mandat, die Gleichstellung von Männern und Frauen zu fördern, und die Mitgliedstaaten sind verpflichtet, in diesem

Bereich aktiv zu werden. Es muss sichergestellt werden, dass diese neuen Möglichkeiten vollständig umgesetzt werden.

Der Vorschlag ignoriert jedoch einen entscheidenden Punkt: die Pflege. Europa braucht einen stärkeren und angeseheneren Pflegesektor, um den demografischen Herausforderungen gerecht werden zu können, die Ziele von Europa 2020 zu erreichen und eine Gesellschaft zu schaffen, in der Männer und Frauen gleichgestellt sind. Die Entwicklung einer „Pflegewirtschaft“ sollte eine Priorität der zukünftigen Kohäsionspolitik sein.

### Anna Elomäki

Politikbeauftragte  
European Women's Lobby  
[www.womenlobby.org](http://www.womenlobby.org)

## UEAPME

Strukturfonds, kleine und Kleinstunternehmen: eine echte Chance?



Laut der Mitglieder von UEAPME, der Europäischen Union des Handwerks und der KMU, haben bis jetzt weniger als 5% der kleinen Unternehmen in Europa von den Strukturfonds profitiert, obwohl sie über 95% der europäischen Unternehmen ausmachen und in Sachen Wirtschaftsaktivitäten und soziale Stabilität in den Regionen die Hauptrolle spielen.

Bürokratie, mangelnde Kohärenz zwischen der europäischen, nationalen und lokalen Ebene, Zahlungsschwierigkeiten und wiederholte Kontrollen, widersprüchliche Informationen etc. haben dazu geführt, dass kleine Unternehmen und ihre Verbände das Interesse an den Strukturfonds verloren haben. Die Ergebnisse sprechen dennoch für sich: In vielen Bereichen konnten schon durch 20000 EUR, die in ein Kleinstunternehmen investiert wurden, zwei oder drei Arbeitsplätze geschaffen und das lokale Potenzial ausgeschöpft werden.

Aufgrund der neuen Vorschläge, insbesondere der Governance-Partnerschaft, des Prinzips der *Ex-ante*-Konditionalität, der Vereinfachung, der Priorität der Wettbewerbsfähigkeit von KMU und der Beschäftigung, der Unterstützung

für kleine Unternehmen bei der Anpassung an die neuen Herausforderungen der Gemeinden, möchten die nationalen und regionalen Verbände kleiner Unternehmen wieder in die Strukturfonds investieren.

Der Erfolg dieses neuen politischen Ansatzes wird jedoch von drei Kriterien abhängen:

- der Fähigkeit der Behörden, eine effektive Governance-Partnerschaft einzurichten;
- dem Willen, vermittelnde Verbände zu nutzen, um vor allem kleine Unternehmen zu unterstützen;
- den Mitteln des Small Business Acts und seinen Prioritäten als Basis für Strategien auf europäischer, nationaler und lokaler Ebene.

### Andrea Benassi

Generalsekretär  
Europäische Union des Handwerks und  
der Klein- und Mittelbetriebe  
[www.ueapme.com](http://www.ueapme.com)



## EAPN

„...für ein verbindliches Partnerschaftsprinzip“

Das Europäische Netz zur Bekämpfung der Armut (EAPN) begrüßt die Stärkung der Rolle des Europäischen Sozialfonds bei der Verwirklichung der Ziele der Armutsbekämpfung durch ein größeres Budget und eine zweckgebundene Zuweisung von 20% für die Armutsbekämpfung. Auch die Förderung des Bottom-up-Ansatzes in der Umsetzung der Strukturfonds durch von den Gemeinden durchgeführte Initiativen und das vereinfachte und NRO-freundlichere Umsetzungsverfahren sind ein positiver Schritt.

Einige strategische Änderungen bereiten EAPN jedoch Sorgen, da diese das Erreichen der Ziele der Armutsbekämpfung ernsthaft gefährden könnten, z. B.:

- die Senkung des Strukturfondsbudgets um 5 %;
- die Art der Einbindung der Nahrungsmittelhilfe in den ESF;
- die Einführung einer makroökonomischen Konditionalität, die schwächere Regionen und hilfsbedürftige Menschen doppelt bestraft;

- der unzureichende Versuch, die soziale Eingliederung durch alle Strukturfonds zu etablieren.

Um die Strukturfonds auch für kleine NROs in der Praxis erreichbar zu machen, unterstützt EAPN die Einführung eines verbindlichen Partnerschaftsprinzips (basierend auf der guten Idee des Entwurfs der Allgemeinen Verordnung), einen besseren Zugang zu weltweiten Fördermitteln, die technische Unterstützung und den Aufbau von Kapazitäten sowie transnationale Projekte.

### Fintan Farrell

Direktor

Europäisches Netz zur Bekämpfung der Armut

[www.eapn.eu/en](http://www.eapn.eu/en)

## AER

„Unterstützung für die Vereinfachung der Umsetzungsregeln und -verfahren“

Die Versammlung der Regionen Europas (VRE) betrachtet das vorgeschlagene Gesetzgebungspaket als ersten Schritt und eine gute Verhandlungsbasis. Die VRE möchte jedoch einige umstrittene Punkte, bei denen noch Diskussionsbedarf besteht, hervorheben, insbesondere die makroökonomische Konditionalität und den Versuch, den thematischen Fokus mit territorialen Prioritäten zu verbinden.

Die VRE besteht darauf, dass die Regionen vollständig einbezogen werden müssen, sodass ihr Wissen, ihre Expertise und ihr guter Wille, zur zukünftigen Kohäsionspolitik beizutragen, vollständig in alle Entscheidungsfindungs- und Umsetzungsprozesse einfließen. Nur so kann die Kohäsionspolitik die territoriale Entwicklung Europas wirklich beeinflussen und der EU helfen, gestärkt aus der Krise hervorzugehen.

Die EU-Minister sind aufgefordert, sich während der Verhandlungsphase entschieden für die Einführung der Partnerschaftsvereinbarung und der Mehr-Ebenen-Governance bei allen politischen Schritten einzusetzen. Die VRE unterstützt außerdem die weitere Vereinfachung der Umsetzungsregeln und -verfahren der Strukturfonds. Zusätzlich fordert sie entschiedene Schritte in Richtung einer vollständigen Umsetzung eines integrierten territorialen Ansatzes in der EU-Politik jenseits der Kohäsionspolitik selbst.

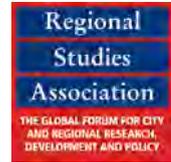
### Francine Huhardeaux

Leiterin Presse und Kommunikation

Versammlung der Regionen Europas

[www.aer.eu](http://www.aer.eu)





## RSA

„Die Effektivität der Kohäsionspolitik hängt von einem ‚Bottom-up‘-Ansatz ab“

Die Vorschläge der Europäischen Kommission für die Zukunft der Kohäsionspolitik stellen den ernsthaften Versuch dar, die Effektivität und Effizienz der Struktur- und Kohäsionsfonds zu verbessern. Unsere Forschungen und Auswertungen haben die Notwendigkeit eines strategischeren Ansatzes bei der Verwendung der EU-Mittel, der Reduzierung der Fragmentierung der Ausgaben auf eine Vielzahl von Interventionen und der Gewährleistung eines unterstützenden politischen und institutionellen Umfelds für Strukturprojekte gezeigt. Die Vorschläge für einen GSR, die thematische Konzentration, Partnerschaftvereinbarungen, Konditionalitäten und eine ergebnisorientierte Ausgabenpolitik gehen diese Themen an.

Ein Hauptproblem ist jedoch die Frage, wie die Territorialität der Strukturfonds erhalten werden soll. Der strategischere und thematischere Ansatz des Kommissionsvorschlags sollte die Nutzung territorialer Programme nicht abwerten, die EU-Finanzmittel gemäß regionaler und lokaler Herausforderungen und unter Einbeziehung regionaler Partner einsetzen können. Die Effektivität der Kohäsionspolitik hängt von einem „Bottom-up“-Ansatz bei der Identifizierung von Prioritäten und der Umsetzung von Vereinbarungen ab, sowie von einer Rationalisierung der Verwaltung, besonders für kleinere Programme.

**Sally Hardy**  
Vorsitzende  
Regional Studies Association  
[www.regional-studies-assoc.ac.uk](http://www.regional-studies-assoc.ac.uk)

## EUROCITIES

„...neue Funktionsweisen können die Rolle der Städte bei der Umsetzung einer integrierten Entwicklung stärken“

EUROCITIES ist der Ansicht, dass der Kommissionsvorschlag für die zukünftige Kohäsionspolitik ein guter Ausgangspunkt ist, um eine ehrgeizige Stadtentwicklung zu verwirklichen. Diese neuen Funktionsweisen können die Rolle der Städte bei der Umsetzung einer integrierten Entwicklung vor Ort stärken. Europas Städte sind in der Lage, ein intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum voranzutreiben, das allen nützt, nicht nur den Einwohnern der Städte selbst.

Wenn wir jedoch die von der Kommission angestrebten „Städte von morgen bauen“ wollen, müssen wir ehrgeizig investieren. Europas wirtschaftliche Entwicklung, Mobilität und klimatische Maßnahmen sollten sich in erster Linie auf die Städte konzentrieren. Wir begrüßen auch die 5%ige (Mindest)Zuweisung für eine integrierte Stadtentwicklung und die verstärkte Zuwendung von Finanzmitteln an die Städte.

Damit Strategien kohärent und Ausgaben effizient sind, müssen Europas wichtigste Städte in allen Phasen in die Entwicklung, Umsetzung und Bewertung von Partnerschaftvereinbarungen und operationellen Programmen eingebunden sein.

Als politische Plattform für Europas wichtigste Städte kennen wir den Wert eines aussagekräftigen Dialogs zwischen der Kommission und jenen Städten, welche die Strategie Europa 2020 mit den neuen Instrumenten umsetzen. Wir werden unsere Erfahrungen in die Entwicklung der neuen Plattform für Stadtentwicklung einbringen.

**Paul Bevan**  
Generalsekretär  
Eurocities  
[www.eurocities.eu](http://www.eurocities.eu)



# GEMEINSAMER STRATEGISCHER RAHMEN 2014-2020

**Die Strategie Europa 2020 erfordert, dass alle gemeinsamen politischen Ansätze, auch die Kohäsionspolitik, ergänzend und sich gegenseitig unterstützend zur Umsetzung der Strategie beitragen. Dieser Beitrag stellt sicher, dass es zwischen den Zielen der jeweiligen Politik und denen der europäischen Strukturpolitik zu einer Synergie kommt.**

Der Gemeinsame Strategische Rahmen ist eine Antwort auf diese grundlegende Notwendigkeit politischer Synergien und wandelt die Ziele der EU-Prioritäten für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum in wichtige Maßnahmen für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), den Europäischen Sozialfonds (ESF), den Kohäsionsfonds (KF), den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) und den zukünftigen Europäischen Meeres- und Fischereifonds (EMFF) um. Somit wird die integrierte Nutzung der GSR-Mittel zur Verwirklichung der gemeinsamen Ziele sichergestellt. Mit ihrem integrierten Investitionsrahmen, dem erprobten Umsetzungsverfahren, der lokalen Eigenverantwortung und den Ansätzen zu progressiven Partnerschaften und bereichsübergreifenden Maßnahmen können die GSR-Fonds zum Erfolg von Europa 2020 beitragen, indem sie die Zusammenarbeit mit lokalen und regionalen Interessenvertretern stärken.

Der GSR bietet einen dreifachen Mehrwert.

Verglichen mit den derzeitigen strategischen Leitlinien der Gemeinschaft deckt der GSR ebenfalls die thematischen Ziele und Investitionsprioritäten ab, beinhaltet aber auch noch andere Elemente, z. B.:

- eine effektivere Koordinierung zwischen den Fonds sowie mit anderen EU-Finanzinstrumenten und politischen Strategien;
- eine stärkere Konzentration auf einen integrierten territorialen Ansatz;
- Kohärenz und Übereinstimmung mit nationalen Reformprogrammen.

Darüber hinaus bietet der GSR den Vorteil, dass er den Mitgliedstaaten als Leitfaden dient und alle strategischen Elemente des Programmplanungsprozesses – d. h. die Kernziele und Leitinitiativen von Europa 2020, die territoriale Dimension, die bereichsübergreifenden Grundsätze, die Koordinierung zwischen den Fonds etc. – zusammenführt.

Eine weitere Neuerung beim Aufbau dieses strategischeren und integrierteren Ansatzes findet sich in Verbindung mit den Partnerschaftsvereinbarungen. Die vorgeschlagene Verordnung sieht vor, dass jeder Mitgliedstaat auf Basis des Gemeinsamen Strategischen Rahmens in Zusammenarbeit mit seinen Partnern und im Gespräch mit der Kommission eine Partnerschaftsvereinbarung entwerfen soll. Die Partnerschaftsvereinbarung (sowie das daraus entwickelte operationelle Programm) soll die im Gemeinsamen Strategischen Rahmen genannten Elemente in einem nationalen Kontext umsetzen. Die Vereinbarung soll außerdem feste Verpflichtungen zum Erreichen der EU-Ziele durch die Programme der GSR-Fonds enthalten.

Der GSR legt folgende Punkte fest:

- die Hauptbereiche für die Unterstützung;
- die zu bewältigenden territorialen Herausforderungen;
- die politischen Ziele;
- die vorrangigen Kooperationsbereiche;
- die Koordinierungsmechanismen und die Mechanismen für die Gewährleistung von Kohärenz und Übereinstimmung mit der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten und der Union.

## Nächste Schritte

Als nächstes wird die Kommission Anfang 2012 einen Entwurf zum Gemeinsamen Strategischen Rahmen vorschlagen. Daraufhin werden eine umfassende Diskussion und Konsultation mit dem Rat und dem Europäischen Parlament folgen. Der GSR wird erst nach der Verabschiedung der Allgemeinen Verordnung durch den Rat und das Parlament formell verabschiedet.

# EFFEKTIVERE HILFE BEI SCHWEREN NATURKATASTROPHEN

**Am 6. Oktober 2011 verabschiedete die Europäische Kommission eine Mitteilung zur Zukunft des Solidaritätsfonds der EU (EUSF). Die Mitteilung hat das Ziel, die Funktionsweise des Fonds zu verbessern, dies gilt insbesondere für die Reaktionsfähigkeit im Katastrophenfall, die Öffentlichkeitswirksamkeit und die Klarheit der Einsatzkriterien.**

2005 nahm die Kommission die Verbesserung der Verordnung zum Solidaritätsfonds in Angriff, indem sie unter anderem eine Ausweitung des Interventionsbereichs und eine Senkung der Schwellenwerte vorschlug, die eine Intervention bei Schäden, die von einer Naturkatastrophe verursacht wurden, auslösen. Für die Mehrheit der EU-Mitgliedstaaten waren diese Änderungen unannehmbar. Insbesondere bestanden Bedenken im Hinblick auf einen möglichen höheren Finanzbedarf. Aufgrund dessen wird dieser Vorschlag nun zurückgezogen.

Stattdessen soll die vor kurzem verabschiedete Mitteilung als Grundlage für Beratungen mit den Mitgliedstaaten, dem Europäischen Parlament und anderen Interessenvertretern dienen. Dazu bewertet die Mitteilung die Funktionsweise des EUSF seit seiner Einrichtung 2002, hebt eine Reihe der wichtigsten erkannten Problemfelder hervor und legt gegebenenfalls Lösungsvorschläge vor.

Die Kommission geht davon aus, dass wichtige Verbesserungen in der Funktionsweise des Fonds bereits mit minimalen Änderungen der derzeitigen Verordnung erreicht werden könnten, ohne dass der Interventionsbereich, die Daseinsberechtigung oder der Charakter des Fonds oder die Frage der Finanzen bzw. der erlaubten Ausgabenhöhe davon berührt würden. Die vorgeschlagenen Anpassungen

würden zu keiner Änderung der förderungsfähigen Maßnahmen, wie die umgehende Instandsetzung lebenswichtiger Infrastruktur oder die Kosten für den Einsatz von Ressourcen zur Katastrophenabwehr, führen. Insbesondere enthält die Mitteilung folgende Anpassungsvorschläge:

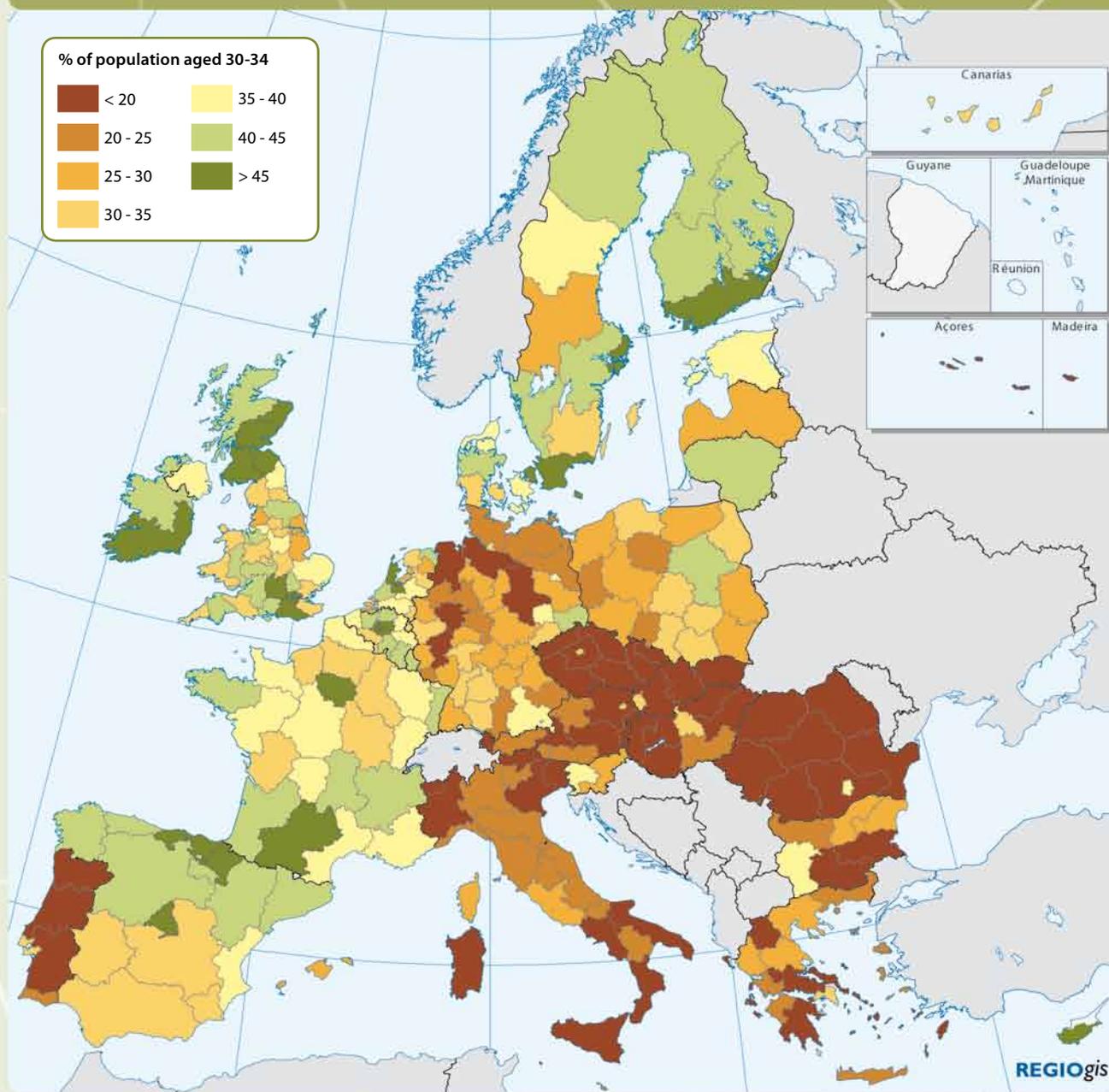
- Klarer definierter Interventionsbereich des EUSF, beschränkt auf Naturkatastrophen, die in Mitgliedstaaten oder Ländern auftreten, die Beitrittsverhandlungen mit der EU führen;
- Neue, einfachere Definition von regionalen Katastrophen, basierend auf einem Schwellenwert für den entstandenen Schaden in Abhängigkeit vom regionalen BIP;
- Einführung von Vorschusszahlungen sowie schnellere Auszahlung, um die Reaktionsfähigkeit des Fonds zu verbessern;
- Klarer Rahmen für die Reaktion auf sich langsam entwickelnde Katastrophen wie Dürren und
- Vereinfachte Verwaltung durch die Zusammenführung des Finanzhilfebeschlusses und der Umsetzungsvereinbarung mit dem Empfängerland, was ebenfalls die Auszahlung beschleunigt.

Abhängig von dem Ergebnis der Beratungen, könnte auf die Mitteilung im Laufe des Jahres 2012 ein neuer Gesetzesentwurf folgen.

2009, Erdbeben, L'Aquila, Italien



# 30- BIS 34-JÄHRIGE MIT HOCHSCHULABSCHLUSS IN DER EU, 2007-2010



EU-27 = 31.8 | The European 2020 target for the share of population aged 30-34 with a tertiary education is 40% | Source: Eurostat

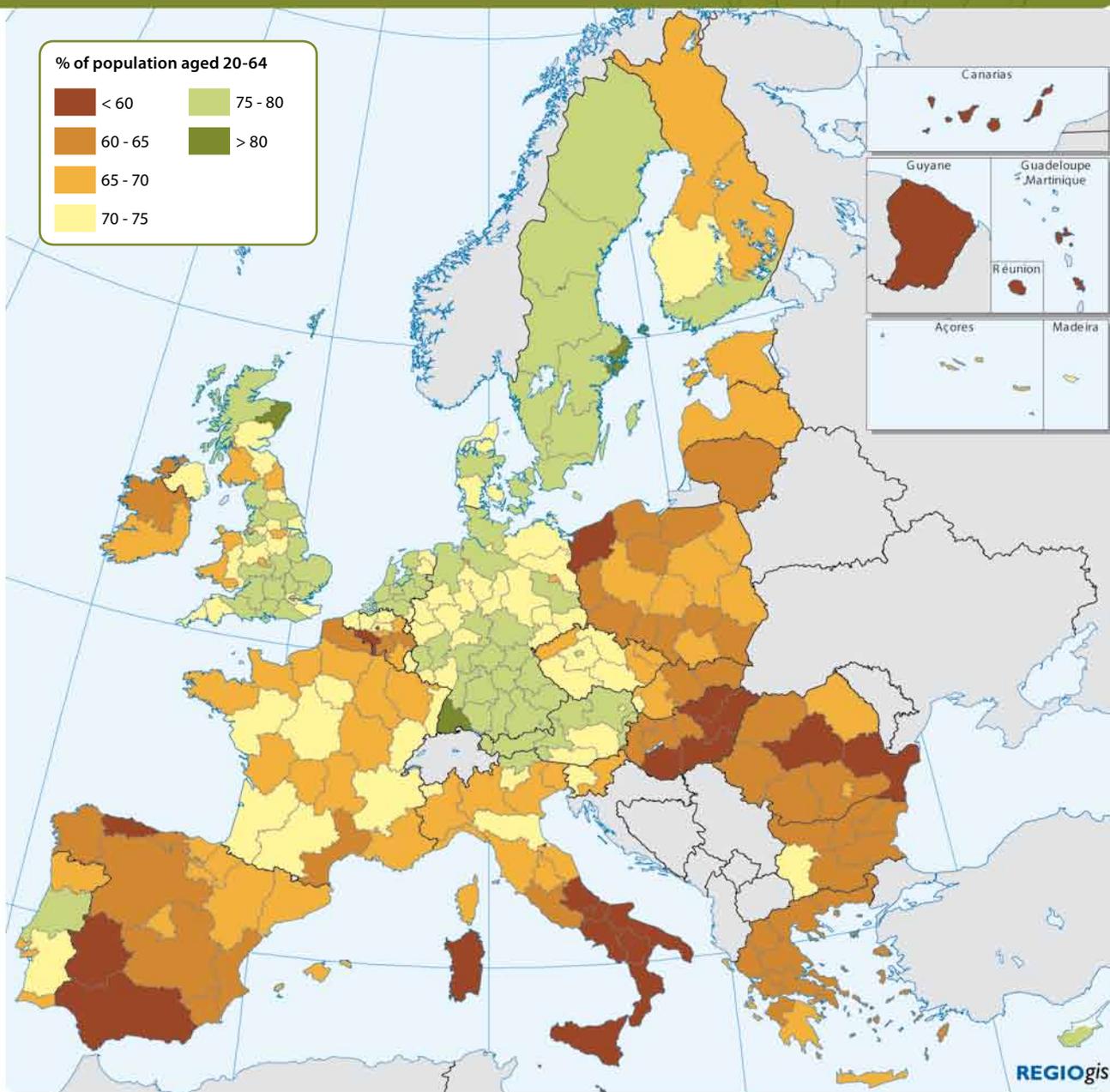
© EuroGeographics Association for the administrative boundaries

## Diese Karte zeigt die Verteilung der 30-bis 34-Jährigen mit Hochschulabschluss in den 27 Mitgliedstaaten der EU.

Das Bildungsniveau der Bevölkerung ist einer der wichtigsten Faktoren, die das Wirtschaftswachstum beeinflussen. Menschen mit Hochschulabschluss finden am ehesten einen Arbeitsplatz, haben ein höheres Einkommen und eine höhere Lebenserwartung. Nach der Strategie Europa 2020 für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum sollen 40% der 30- bis 34-Jährigen einen Hochschulabschluss erwerben. 2010 lag der Anteil in der EU bei 34%.

Der Anteil der Hochschulabsolventen variiert stark innerhalb der EU. Die Zahlen der Jahre 2007-2010 zeigen, dass die Hauptstadtregionen oder umliegenden Gebiete meist die höchsten Anteile verzeichnen können. Auch Schottland, der Südtteil Zyperns und die nordspanischen Regionen schneiden gut ab. Die Regionen mit den niedrigsten Anteilen liegen in der Tschechischen Republik, Italien, Portugal und Rumänien. Andere Regionen, die dem EU-Durchschnitt hinterherhinken, finden sich in Bulgarien, Deutschland, Griechenland, Ungarn, Österreich und der Slowakei.

# BESCHÄFTIGUNGSQUOTEN DER 20- BIS 64-JÄHRIGEN IN DER EU, 2010



EU-27 = 68.5 | The Europe 2020 employment rate target is 75 % | Source: Eurostat

© EuroGeographics Association for the administrative boundaries

**Diese Karte zeigt die Beschäftigungsquoten der 20- bis 64-Jährigen in der EU (Anteil der 20- bis 64-Jährigen in einem Beschäftigungsverhältnis im Vergleich zur Gesamtbevölkerung des gleichen Alters).** Die Strategie Europa 2020 strebt eine Steigerung der Beschäftigungsquote von Menschen zwischen 20 und 64 Jahren auf durchschnittlich 75 % bis 2020 an. 2010 lag der EU-Durchschnitt bei 68,5 %. Eine Erhöhung der Beschäftigungsquote wird gleichzeitig zu weniger Armut und sozialer Ausgrenzung führen. Besonders in Ländern mit einem beitragsfinanzierten Rentensystem ist dies zudem hinsichtlich der Kosten der Bevölkerungsalterung von Bedeutung.

Die Regionen mit den höchsten Beschäftigungsquoten finden sich ausnahmslos im Nordwesten der EU. Es ist unwahrscheinlich, dass die Quoten hier noch sehr viel weiter steigen werden. Insbesondere Dänemark, Deutschland, die Niederlande, Schweden und das Vereinigte Königreich haben hohe Beschäftigungsquoten erreicht. Fast alle Regionen mit Quoten unter 60 % liegen im Süden, Osten oder in äußerster Randlage der EU. Doch auch einige Regionen im Nordwesten schneiden schlecht ab, zum Beispiel West Wales und The Valleys im Vereinigten Königreich, Border, Midland und Western in Irland oder Hainaut und Brüssel-Hauptstadt in Belgien.

# FEHLERANALYSE IN DER KOHÄSIONSPOLITIK

**Auf die Kohäsionspolitik entfällt ungefähr ein Drittel des gesamten EU-Haushalts. 2010 beliefen sich die Gesamtzahlungen auf fast 40 Mrd. EUR. Die Mitgliedstaaten und die Europäische Kommission sind gemeinsam für die ordnungsgemäße Finanzverwaltung verantwortlich. Trotz einer sorgfältigen Programmverwaltung lassen sich Fehler jedoch nicht ganz vermeiden. Diese müssen dann gegebenenfalls korrigiert werden.**

Ein von der Kommission im Oktober 2011 veröffentlichtes Arbeitspapier präsentiert die Fehleranalyse in der Kohäsionspolitik, die von der Kommission selbst und vom Europäischen Rechnungshof zwischen 2006 und 2009 erkannt wurden, sowie die eingeleiteten Gegenmaßnahmen und einen Kontrollrahmen für die Zukunft.

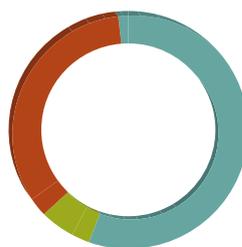
Ein Großteil der Ausgaben für die Kohäsionspolitik entfällt auf den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), den Europäischen Sozialfonds (ESF) und den Kohäsionsfonds (KF). Da Kohäsionsprogramme von einer Reihe von Organisationen in einer Vielzahl von Projekten durchgeführt werden, besteht ein gewisses inhärentes Fehlerrisiko. Deshalb haben die Europäische Kommission und die EU-Mitgliedstaaten Kontrollmechanismen eingerichtet, um zu gewährleisten, dass die bestehenden Regelungen eingehalten und die politischen Ziele erreicht werden.

Sollten dennoch Unregelmäßigkeiten auftreten, werden die Zahlungen ausgesetzt und die Fehler ausgeräumt, ehe die Zahlungen wieder aufgenommen werden. Wie man beachten sollte, bedeuten Fehler nicht, dass Gelder verloren oder verschwendet sind oder ein Betrug vorliegt.

## Wo treten Fehler auf?

Die Fehler treten im Allgemeinen in einem von vier Bereichen auf: öffentliches Auftragswesen, Förderfähigkeit, Prüfpfad und Einnahmen schaffende Projekte. Dazu gehören die inadäquate Bewertung von Angeboten zu Ausschreibungen, Fehler in der Projektauswahl und die versäumte Aufbewahrung von Unterlagen.

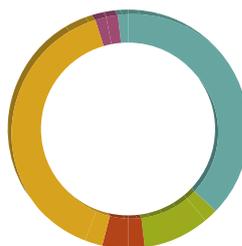
DER FEHLERSCHWERPUNKT BEIM **EUROPÄISCHEN SOZIALFONDS** LIEGT IM BEREICH FÖRDERFÄHIGKEIT



**Arten quantifizierbarer Fehler bei DAS-Prüfungen für den Zeitraum 2006-2009**

- Förderfähigkeit 58 %
- Prüfpfad 35 %
- Genauigkeit 7 %

FEHLERSCHWERPUNKTE BEIM **EUROPÄISCHEN FONDS FÜR REGIONALE ENTWICKLUNG** SOWIE BEIM KOHÄSIONSFONDS SIND DIE BEREICHE ÖFFENTLICHES AUFTRAGSWESEN UND FÖRDERFÄHIGKEIT



**Arten quantifizierbarer Fehler bei DAS-Prüfungen für den Zeitraum 2006-2009**

- Öffentliches Auftragswesen 41 %
- Förderfähigkeit 39 %
- Prüfpfad 11 %
- Einnahmenschaaffende Projekte 6 %
- Sonstiges 3 %

Die Analyse hat gezeigt, dass ein Großteil aller Fehler des EFRE und des Kohäsionsfonds im Zeitraum 2006-2009 auf die Bereiche öffentliches Auftragswesen (41 %) und Förderfähigkeit (39 %) entfällt. Bei Fehlern im ESF handelt es sich vor allem um Probleme mit der Förderfähigkeit (58 %).

In dem Prüfzeitraum von vier Jahren traten die meisten Fehler in drei Mitgliedstaaten auf (fast 60 %), was darauf schließen lässt, dass die Systeme in den meisten Mitgliedstaaten zuverlässig sind.

Den Mitgliedstaaten mit den höchsten Fehlerquoten stehen spezielle Abhilfemaßnahmen zur Verfügung, sodass sich die Situation bald verbessern sollte. Die EU-Kommission gewährt den nationalen Behörden weiterhin Hilfestellung und bietet Schulungen zum öffentlichen Auftragswesen an. Die Vorschriften zur Förderfähigkeit wurden vereinfacht. Im Finanzzeitraum 2014-2020 wird die Kommission diese Maßnahmen weiter ausbauen und ihre Überprüfungen auf die Länder konzentrieren, die schlechter abgeschnitten haben.

### MEHR DAZU

[http://ec.europa.eu/regional\\_policy/sources/docoffic/working/doc/errors\\_analysis\\_2011\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docoffic/working/doc/errors_analysis_2011_en.pdf)

# ERFOLGREICHE INVESTITIONEN IN DEN **TOURISMUS**

**Der Tourismus trägt entscheidend zu Wachstum und Beschäftigung in Europas Regionen bei. Eine Prüfung des Europäischen Rechnungshofes (ERH) hat nun die positiven Ergebnisse von Investitionen aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) in den Tourismus aufgezeigt.**

Im September 2011 veröffentlichte der Europäische Rechnungshof seinen Prüfungsbericht über die Effektivität kofinanzierter Tourismusprojekte im Programmzeitraum 2000-2006. Die Prüfung konzentrierte sich auf physische Investitionen in den Tourismus, zum Beispiel Informationszentren, Unterkünfte und Gaststätten. Die Prüfung erfolgte auf Basis einer Stichprobe von 206 kofinanzierten Projekten in 26 Regionen in neun Mitgliedstaaten und befasste sich mit der Frage, ob die Projekte die erwarteten Ergebnisse nach sich zogen, ob diese Ergebnisse nachhaltig erbracht wurden und ob die Projekte aufgrund der EU-Finanzierung durchgeführt wurden.

Der Prüfungsbericht zeigte eine Reihe von Erfolgen auf: 58 % der Projekte schufen oder erhielten Arbeitsplätze, 73 % erhöhten die Tourismuskapazitäten und 74 % generierten zusätzlichen Tourismus. Fast die Hälfte (44 %) waren in allen drei Kategorien erfolgreich. Zur Zeit der Prüfung waren 98 % der abgeschlossenen Projekte noch in Betrieb und 94 % der geschaffenen oder erhaltenen Arbeitsplätze bestanden weiterhin.

74 % der Projekte kamen dank der EFRE-Finanzierung zustande, 20 % wurden aufgrund der Finanzhilfen modifiziert und nur 6 % wären auch ohne die finanzielle Unterstützung ausgeführt worden. 92 % der Projektträger hatten das Gefühl, die Finanzhilfe sei eine Anerkennung der Qualität ihres Projekts, laut 42 % erhöhte die Unterstützung den Verwaltungsaufwand.

## TOURISMUS IN ZAHLEN

- Die Tourismusbranche generiert über 5 % des EU-BIP.
- Bei 1,8 Mio. Unternehmen gibt es 9,7 Mio. Arbeitsplätze.
- 2000-2006 flossen 4,623 Mrd. EUR aus dem EFRE in physische Tourismusinvestitionen.

Der Bericht enthält eine Reihe von Empfehlungen zur Verbesserung der Effektivität von EFRE-Finanzierungen. Unter anderem sollte die Europäische Kommission die Verwaltungsbehörden der Mitgliedstaaten dazu anhalten, in der Antrags- und Entscheidungsphase angemessene Ziele und Kennzahlen festzusetzen.

**Den Bericht „Were ERDF co-financed tourism projects effective?“ finden Sie unter:**

<http://eca.europa.eu/portal/pls/portal/docs/1/8746728.PDF>

## NEUES LEBEN FÜR STILLGELEGTE BAHNSTRECKE DANK EU-FINANZIERUNG

In einem öffentlichen Projekt in Frankreich (Bretagne) wurde eine alte, stillgelegte Bahnstrecke in 26 km Fuß- und Radwege umgewandelt. Zwischen 2003 und 2008 stieg die Anzahl der Nutzungen von 0 auf 23 000 an. Die Nutzung wird von einem elektronischen Zählsystem aufgezeichnet, die entsprechenden Statistiken werden regelmäßig an das lokale Fremdenverkehrsamt übermittelt. Die Gesamtprojektkosten betrugen 1,6 Mio. EUR, von denen 39 % aus dem EFRE stammten.

# AUSBAU DES BREITBANDINTERNETS IN DER REGION RHÔNE-ALPES

Durch ein Digitalisierungsprojekt in einigen weniger entwickelten Gebieten der Region Rhône-Alpes im Südosten Frankreichs konnten 2 000 km Glasfaserkabelinfrastruktur eingerichtet werden, wodurch nun 360 000 Wohnhäuser und 96 % der Bevölkerung der *Départements* Ardèche und Drôme an das Breitbandinternet angeschlossen sind.

Das Projekt von Ardèche Drôme Numérique (ADN) fördert die Gründung und das Wachstum von Unternehmen in der wissensbasierten Wirtschaft und trägt zur Schaffung dauerhafter Arbeitsplätze bei. Breitband ermöglicht auch die Einführung neuer Organisationsansätze, wie die Schaffung von Telearbeitsplätzen, durch die Unternehmen und Arbeitnehmer mehr Flexibilität und Möglichkeiten erhalten.

„Der Anschluss an das Hochgeschwindigkeitsinternet wird die *Départements* Ardèche und Drôme attraktiver für Unternehmen machen, da so ein innovativeres und wettbewerbsfähigeres wirtschaftliches Umfeld entsteht“, führt Bernard Soulage, Vizepräsident für Europa und internationale Beziehungen bei der Generaldelegation der Region Rhône-Alpes in Brüssel aus.

„Dank der neuen Infrastruktur hat nun die gesamte Bevölkerung Zugang zu hochwertigen Internetdiensten, allgemeinen Onlinediensten und besseren öffentlichen Dienstleistungen“, erklärt Soulage weiter.

## „ARDÈCHE DRÔME NUMÉRIQUE“ (ADN)

### Programm

EFRE für den Programmzeitraum 2007-2013

### Gesamtkosten

123 000 000 EUR

### EU-Mittel

14 000 000 EUR



» 360 000 Wohnhäuser sind nun an das Breitbandinternet angeschlossen, und es steht 2 000 Unternehmen und 11 000 Sozialwohnungen zur Verfügung.«

Das ADN-Projekt wurde aufgrund der Notwendigkeit ins Leben gerufen, die Diskriminierung bei Internetanschlüssen zu bekämpfen, ganz besonders in Gebieten mit einer niedrigeren Bevölkerungsdichte, wo die Gewinne für die Provider geringer sind. In solchen Gebieten gibt es keinen oder kaum Zugang zum Internet oder die Kosten für den Zugang sind sehr viel höher.

„Ungefähr 360 000 Wohnhäuser sind nun an das Breitbandinternet angeschlossen, und es steht 2 000 Unternehmen und 11 000 Sozialwohnungen zur Verfügung“, führt Soulage aus.

Hinter dem Projekt steht das Syndikat ADN, bestehend aus den Generalräten der *Départements* Ardèche und Drôme, mit Unterstützung der Region Rhône-Alpes.

Das Projekt trägt entscheidend zum territorialen und sozialen Zusammenhalt in der Region bei, indem es den Menschen, die in den Gebieten leben oder arbeiten, den Zugang zu neuen Dienstleistungen erleichtert, insbesondere aus den Bereichen Gesundheit, Kultur, Bildung, Ausbildung, Sicherheit, öffentliche Dienstleistungen und soziale Netzwerke.

### MEHR DAZU

[www.ardechedromenumerique.fr](http://www.ardechedromenumerique.fr)

# SCHOTTISCHES ZENTRUM FÖRDERT GESAMTEUROPÄISCHEN ANSATZ DER VERBREITUNG UMWELTFREUND- LICHER ENERGIELÖSUNGEN

Das **Scottish European Green Energy Centre, SEGEC**, arbeitet daran, den Einsatz innovativer, gemeinschaftlicher, CO<sub>2</sub>-armer Energieinfrastrukturprojekte zu ermöglichen, die, mit Unterstützung von EU-Finanzmitteln, Schottland, dem Vereinigten Königreich und Europa großen Nutzen bringen werden.

Das Projekt befasst sich insbesondere mit CO<sub>2</sub>-Abscheidung und -Lagerung (CCS), Energie aus dem Meer, intelligenten Energienetzwerken und Supernetzen, Wärme aus erneuerbaren Energien, Offshore-Windanlagen und Energieeffizienz. Seit seinem Start 2009 flossen mithilfe von SEGEC EU-Finanzmittel in Höhe von über 110 Mio. EUR in Projekte für kohlenstoffarme Energie.

„SEGEC ist selbst kein Geldgeber, sondern leistet bei der Mittelbeschaffung Unterstützung, z. B. für das European Offshore Wind Deployment Centre, das vor der Küste von Aberdeen entstehen soll und dem SEGEC half, EU-Finanzmittel in Höhe von 40 Mio. EUR zu erhalten, oder für die neue Moray Firth Offshore HVDC-Anlage, die eine bessere Lösung für die Verbindung von Energie aus Quellen an Land und auf See im entfernten Nordosten Schottlands bieten soll und für die SEGEC Zuschüsse in Höhe von 74,1 Mio. EUR sichern konnte“, erklärt SEGEC-CEO Chris Bronsdon.

SEGEC wählt gemeinschaftliche Projekte aus und sichert Investitionen aus einer Reihe öffentlicher und privatwirtschaftlicher Quellen, darunter auch EU-Finanzmittel, die zur Unterstützung der Markt- und Technologieentwicklung bereitgestellt wurden.

## SCOTTISH EUROPEAN GREEN ENERGY CENTRE

### Programm

EFRE-Programm für die Lowlands und Uplands von Schottland, 2007-2013

### Gesamtkosten

2 895 900 EUR

### EU-Mittel

1 303 100 EUR

„Diese Projekte und die vielen anderen, die wir unterstützen, werden vor Ort viele Arbeitsplätze [...] schaffen [...] und entscheidend zu Europas Zielen zu umweltfreundlicher Energie beitragen.“



„Letztendlich unterstützen wir Projekte, die solche Investitionen erfolgreich anziehen, die Kosten senken und den Weg für eine gewinnbringende Verbreitung von Technologien in ihrer jeweiligen Branche ebnen können“, führt Bronsdon aus. „Durch die Unterstützung und die Finanzmittel der EU können die ersten technologischen Schritte in einem Mitgliedstaat in eine Branche verwandelt werden, die keine Hilfe mehr benötigt und zu den Zielen von Europa 2020 sowie zur wirtschaftlichen Entwicklung beiträgt“, fügt er hinzu.

„Diese Projekte und die vielen anderen, die wir unterstützen, werden vor Ort viele Arbeitsplätze und lokale Lieferantennetzen schaffen, helfen, wertvolles Wissen aus der Projektumsetzung zu verbreiten und entscheidend zu Europas Zielen zu umweltfreundlicher Energie beitragen“, fasst Bronsdon zusammen.

SEGEC arbeitet aktiv mit Institutionen, Netzwerken und Technologieplattformen zusammen, woraus sich lohnende Nischen zur branchenübergreifenden Zusammenarbeit ergeben. Bis heute hat SEGEC für 17 Forschungsprojekte zu erneuerbaren Energien, für 28 gemeinschaftliche Projekte unter dem Fünften Rahmenprogramm im Bereich FTE sowie für 43 Unternehmungen mit Partnern aus dem Vereinigten Königreich und Europa Unterstützung organisiert.

Projekte wie diese helfen der EU, eine intelligente, nachhaltige und integrative Wirtschaft zu werden, wie sie mit der Strategie Europa 2020 angestrebt wird.

### MEHR DAZU

[www.segce.org.uk](http://www.segce.org.uk)

# ZENTRUM DER FORSCHUNG AN HIGHTECHMATERIALIEN IN RUMÄNIEN GESCHAFFEN

**Nach der Einrichtung des Euro-Regional Centre for Studies of Advanced Materials, Surfaces and Interfaces, CEUREMAVSU, schreitet die Forschung an Hightechmaterialien in Rumänien zügig voran. Das Zentrum ist auf dem Gebiet der Materialforschung ein europäischer Pionier mit überragendem Potenzial.**

„Das Zentrum konzentriert sich auf die Erforschung neuer Materialien für fortschrittliche Technologien, die auf der untersten Ebene durchgeführt wird, d. h. auf atomarer Ebene, wo es um Größen unter einem Ångström geht“, erklärt der erfahrene Wissenschaftler und Projektleiter Dr. Cristian-Mihail Teodorescu.



» Durch das Projekt entsteht auf diesem Fachgebiet das Zentrum des Wissens in ganz Südosteuropa. «

## „CEUREMAVSU“

### Programm

EFRE für den Programmzeitraum 2007-2013

### Gesamtkosten

10 239 200 EUR

### EU-Mittel

7 849 700 EUR

Das Zentrum, das unter dem CEUREMAVSU-Projekt eingerichtet wurde, besteht aus zwei neu errichteten und fünf modernisierten Laboren. Das Forschungszentrum arbeitet unter dem Schirm des Nationalen Instituts für Materialphysik.

Das wichtigste Spezialinstrument des Zentrums ist ein analytisches Mehrzweck-Transmissionselektronenmikroskop mit atomarer Auflösung (0,8 Ångström bei gleichzeitiger Auflösung in verschiedene chemische Elemente). Zusammen mit der modernsten derzeit verfügbaren Ausrüstung zur Probenvorbereitung war dies eine Investition in Höhe von 2,8 Mio. EUR.

Im Zuge des Projekts wurden 23 Spezialgeräte erworben und 24 neue Stellen für hochqualifizierte Spezialisten, darunter Physiker, Chemiker und Ingenieure, geschaffen.

„Das Labor für die Oberflächen- und Schnittstellenforschung ist extrem produktiv“, sagt Dr. Teodorescu. „Seit der Einrichtung des ersten vollständigen Clusters für Oberflächenforschung Ende Oktober 2009 wurden über 30 Artikel in wichtigen Fachzeitschriften wie *Angewandte Chemie* und dem *Journal of the American Chemical Society* veröffentlicht.“

Die Zusammenarbeit wird nun auf Forschungseinrichtungen, Universitäten und Institutionen des Privatsektors in Rumänien und im Ausland ausgeweitet. Die Forscher sind bereits an 10 internationalen Projekten beteiligt.

„Durch das Projekt entsteht auf diesem Fachgebiet das Zentrum des Wissens in ganz Südosteuropa und braucht den Vergleich mit modernen Instituten ähnlicher Größe aus Westeuropa nicht zu scheuen“, versichert Dr. Teodorescu.

MEHR DAZU

[www.infim.ro](http://www.infim.ro)

# LEBENSRETTENDE MODERNISIERUNG DES NORTH ESTONIA MEDICAL CENTRE

Ein umfangreicher Aus- und Umbau des North Estonia Medical Centre (NEMC) in Tallinn soll die Hauptgebäude an einem Ort zusammenziehen und gleichzeitig die angebotenen medizinischen Einrichtungen deutlich verbessern.

NEMC ist Estlands größtes Krankenhaus. Ihm obliegt die medizinische Versorgung von circa 800 000 Menschen (60% der estländischen Bevölkerung) in neun Landkreisen, doch bisher war das Krankenhaus in heruntergekommenen Gebäuden untergebracht, die über die ganze Stadt verstreut waren.

„Durch den Bau der neuen (29 807 m<sup>2</sup>) und die Renovierung der bestehenden Gebäude (28 175 m<sup>2</sup>) erreichen wir eine Konzentrierung der Ressourcen und eine Verbesserung der angebotenen Dienstleistungen. Gleichzeitig wird NEMC so attraktiver für Forschung und Lehre“, erklärt Tõnis Allik, Vorsitzender des Verwaltungsrats des North Estonia Medical Centre. „Die neue und modernisierte Infrastruktur kommt zuallererst den Patienten mit onkologischen oder kardiovaskulären Problemen sowie Notfallpatienten zugute. Die verbesserten Kapazitäten an Infrastruktur und wichtiger Ausstattung werden einen besseren Zugang zu lebensrettenden Techniken wie Strahlentherapie und interventioneller Kardiologie ermöglichen“, versichert er.

Das Krankenhaus ist jedoch nicht nur für die Patientenversorgung zuständig, sondern ist auch eine wichtige Forschungseinrichtung, die mit verschiedenen Universitäten und medizinischen Forschungszentren zusammenarbeitet.

**MEHR DAZU**

[www.regionaalhaigla.ee](http://www.regionaalhaigla.ee)



„Die verbesserten Kapazitäten an Infrastruktur und wichtiger Ausstattung werden einen besseren Zugang zu lebensrettenden Techniken wie Strahlentherapie und interventioneller Kardiologie ermöglichen.“

## UM- UND AUSBAU DES NORTH ESTONIA MEDICAL CENTRE (NEMC)

### Programm

EFRE für den Programmzeitraum 2007-2013

### Gesamtkosten

151 400 000 EUR

### EU-Mittel

66 800 000 EUR



# VON DER KOMMISSION UNTERSTÜTZT NACHHALTIGE STADTENTWICKLUNG...

**Mit dem Vertrag von Lissabon ist der territoriale Zusammenhalt zu einem neuen und wichtigen Ziel der Europäischen Union geworden. Dies spiegelt sich auch in der starken territorialen und städtischen Dimension des Kommissionsvorschlags für eine Verordnung zur Kohäsionspolitik nach 2013 wider, der vollkommen auf die Ziele der Strategie Europa 2020 bezüglich des intelligenten, nachhaltigen und integrativen Wachstums abgestimmt ist. Um ihre Effektivität zu erhöhen, werden sich Investitionen auf solche Bereiche konzentrieren, in denen sie einen bedeutenden Beitrag zum Erreichen dieser Ziele leisten können.**

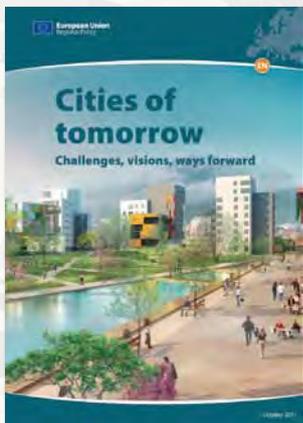
Als Zentren für Wirtschaft und Unternehmertum, Forschung und Innovation, Bildung und Ausbildung, soziale Integration und kulturelle Interaktion tragen Städte entscheidend zur Verwirklichung der Ziele der Strategie Europa 2020 bei. Viele Stadtgebiete haben jedoch mit Problemen wie Armut, hohen Arbeitslosenquoten, hoher Kriminalität, Wohnungsbau minderer Qualität und geringer Energieeffizienz und Umweltschäden zu kämpfen. Die Kommission schlägt deshalb spezielle Investitionsprioritäten für städtische Gebiete vor, sodass die Finanzmittel in Städten auf die strategischen Kernprioritäten intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum konzentriert werden und zu einer nachhaltigen Stadtentwicklung beitragen können. Zu diesen Investitionsprioritäten zählen Strategien für einen niedrigen CO<sub>2</sub>-Ausstoß in städtischen Gebieten, ein nachhaltiger Stadtverkehr, Maßnahmen zur Verbesserung der Umwelt und die Sanierung und wirtschaftliche Belebung benachteiligter städtischer Gemeinschaften, unter anderem durch den Wohnungsbau.

## ...durch einen integrierten Ansatz

Die ehemalige Gemeinschaftsinitiative URBAN – unter der einige der Schwierigkeiten, denen sich Städte und Großstädte in den Mitgliedstaaten gegenübersehen, angegangen wurden – und das URBAN-Mainstreaming im aktuellen Programmzeitraum haben den Wert dieses integrierten Ansatzes der Stadtentwicklung bewiesen. Städte müssen sich bei der Bekämpfung ihrer Wirtschafts-, Umwelt-, Klima- und sozialen Probleme eines ganzheitlichen Ansatzes bedienen und Stadtentwicklungsmaßnahmen durch integrierte Strategien umsetzen.

Die Kommission schlägt vor, für die Städte mindestens 5 % der Finanzmittel aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) eines jeden Mitgliedstaates bereitzustellen, die für integrierte Maßnahmen für eine nachhaltige Stadtentwicklung zweckgebunden sein sollen. Um sicherzustellen, dass die Koordination dieser Mittel, die aus unterschiedlichen Prioritäten stammen, auf der entsprechenden Ebene in integrierter Form erfolgt, sollten diese Mittel in Form von integrierten territorialen Investitionen (siehe Kasten) eingesetzt werden, die Verwaltung sollte in den Händen der Städte liegen.

Die Finanzmittel für diese integrierten Maßnahmen sollten in den operationellen Programmen klar gekennzeichnet sein. Um sicherzustellen, dass die betroffenen Städte angemessen in den Programmplanungsprozess und die Umsetzung der operationellen Programme eingebunden sind, schlägt die Kommission vor, dass die Mitgliedstaaten die Städte benennen, die integrierte Maßnahmen für eine nachhaltige Stadtentwicklung durchführen, indem sie eine Liste der Städte in die Partnerschaftsvereinbarung aufnehmen. Außerdem sollte die vorläufige jährliche Zuwendung für diese Maßnahmen auf nationaler Ebene ausgewiesen werden.



## STÄDTE VON MORGEN

2010 startete die Kommission den Reflexionsprozess Städte von morgen (Cities of Tomorrow) über die zukünftigen Herausforderungen der europäischen Städte. Der Prozess basierte auf einer Kombination aus Workshops, Beratungen und zielorientierten Studien. Mehr als 60 Akademiker, Fachleute und Interessenvertreter aus ganz Europa waren daran beteiligt. Der zusammenfassende Bericht „Cities of Tomorrow – Challenges, visions, ways forward“ (Städte von morgen – Herausforderungen, Visionen, Wege nach vorn) lenkt das Bewusstsein auf die zukünftigen Auswirkungen einer Reihe von Trends,

wie den demografischen Wandel und die soziale Polarisierung, und die Anfälligkeit verschiedener Arten von Städten. Der Bericht hebt außerdem die Chancen und die wichtige Rolle hervor, die Städte beim Erreichen der EU-Ziele spielen – ganz besonders bei der Umsetzung der Strategie Europa 2020 – und stellt einige inspirierende Modelle und Visionen vor. Der Bericht bestätigt, wie wichtig ein integrierter Ansatz für die städtische Entwicklung ist. Er betont auch, dass neue flexible Steuerungssysteme erforderlich sind, die an die funktionalen Gebiete und die Größe der Herausforderungen und Maßnahmen angepasst sind, dass die Bürger einbezogen werden müssen und wie wertvoll partizipatorische Ansätze sind.

Diese Broschüre ist auch auf Französisch, Polnisch, Spanisch und Portugiesisch erhältlich.



## ...durch Austausch und Lernen

Die Herausforderungen, denen sich Städte gegenübersehen, wirken sich zunehmend über nationale und regionale Grenzen hinweg aus und erfordern ein gemeinsames, partnerschaftliches Vorgehen. Aus diesem Grund schlägt die Kommission vor, nicht nur das Kooperationsprogramm für Städte fortzusetzen, sondern seine Reichweite durch die Einrichtung einer Plattform für Stadtentwicklung für eine begrenzte Zahl an Städten, die auf Initiative der Kommission integrierte Maßnahmen umsetzen und innovative Strategien anwenden, auszubauen.

Sinn und Zweck des zukünftigen Netzwerkprogramms für Städte (derzeit URBACT genannt) im Rahmen der interregionalen Zusammenarbeit ist es, den Städten weiterhin eine Möglichkeit zum direkten Erfahrungsaustausch zu bieten. Dazu gehört die Ermittlung, Weitergabe und Verbreitung vorbildlicher Praktiken bezüglich nachhaltiger städtischer und ländlicher Entwicklung, basierend auf der mit den aktuellen URBACT-Programmen entwickelten Methodik.

Die Kommission wird eine Plattform für Stadtentwicklung einrichten, um einen politikorientierteren Dialog zur Stadtentwicklung zwischen den Städten auf europäischer Ebene zu fördern und so den Beitrag der Städte zur Strategie Europa 2020 deutlicher hervorzuheben und den vollen Nutzen aus den Ergebnissen integrierter und innovativer Maßnahmen, die Städte auf Initiative der Kommission unternehmen, ziehen zu können. Die Plattform für Stadtentwicklung ist insofern eine Neuheit, als die Kommission darin eine aktivere Rolle als zuvor spielen wird. Die Kommission wird die Plattform einrichten und betreiben, die Liste der teilnehmenden Städte, in denen integrierte Maßnahmen zur städtischen Entwicklung umgesetzt werden sollen, auf Basis der in die Partnerschaftvereinbarung aufgenommenen Liste festsetzen, einen politikorientierteren Dialog über Stadtentwicklung im direkten Kontakt mit den Städten anregen und auf EU-Ebene spezielles Fachwissen zur Verfügung stellen.

## ...und durch mehr Innovation und unterstützende operationelle Instrumente für die Städte

Um Innovationen auf lokaler Ebene anzuregen, kann die Kommission den Städten zur Umsetzung von Maßnahmen im Bereich der nachhaltigen Stadtentwicklung geeignete Unterstützung zukommen lassen. In den innovativen Maßnahmen werden neue Lösungen und Ansätze zu städtischen Herausforderungen von EU-weiter Relevanz ermittelt und getestet. Die innovativen Maßnahmen werden von der Kommission direkt verwaltet, und die Nutznießer (zum Beispiel Städte, Städtevereinigungen, städtische Behörden) werden hauptsächlich auf lokaler Ebene zu finden sein. Städte, die innovative Maßnahmen umsetzen, werden auch an der Plattform für Stadtentwicklung teilnehmen, um die Ergebnisse ihrer Maßnahmen weiterzugeben und zu verbreiten.

Zu guter Letzt wird die Kommission zu einer gemeinsamen europäischen Initiative der Mitgliedstaaten, Städte, Städtevereinigungen und Netzwerke beitragen, die darauf abzielt, ein operationelles Instrument zu entwickeln, das den Städten bei der Umsetzung nachhaltiger Stadtentwicklungsstrategien und bei der Vorbereitung integrierter Maßnahmen hilft. Der Referenzrahmen für nachhaltige Stadtentwicklung (Reference Framework for Sustainable Cities, RFSC) ist ein webbasiertes Instrument, das Städten Werkzeuge, Anwendungen und Checklisten zur Verfügung stellt, mit denen Strategien und Projekte sowie ein Monitoringsystem gemäß *Acquis Urban* – eine Reihe gemeinsamer Prinzipien, die eine erfolgreiche Stadtpolitik untermauern – entwickelt werden können. Der RFSC steht ab April 2012 allen europäischen Städten zur freien und freiwilligen Nutzung zur Verfügung.



## Integrierte Investitionen für eine nachhaltige Stadtentwicklung

Die städtische Dimension der Kohäsionspolitik hat zum Ziel, sicherzustellen, dass städtische Interventionen effizient ausgeführt werden. Dies kann nur durch integrierte Strategien verwirklicht werden. Prinzipiell sollten städtische Investitionen deshalb im Rahmen einer integrierten Strategie für nachhaltige Stadtentwicklung erfolgen. Nach dem Vorschlag der Kommission gibt es mehrere Möglichkeiten, eine nachhaltige Stadtentwicklung durch die Strukturfonds zu unterstützen:

Erstens kann eine nachhaltige Stadtentwicklung durch operationelle Programme gefördert werden, die über eine Prioritätsachse verfügen, die eine städtische Investitionspriorität umfasst (zum Beispiel die Förderung der sozialen Eingliederung durch die Sanierung und wirtschaftliche Belebung benachteiligter städtischer Gemeinschaften – siehe Artikel 5 der vorgeschlagenen EFRE-Verordnung).

Zweitens kann eine nachhaltige städtische Entwicklung durch integrierte territoriale Investitionen (ITI) unterstützt werden. Eine ITI ist ein Instrument, das Finanzmittel aus verschiedenen Prioritätsachsen aus einem oder mehreren Programmen zu multidimensionalen und sektorübergreifenden Interventionen bündelt. Eine ITI ist das ideale Instrument, um integrierte Maßnahmen in städtischen Gebieten zu unterstützen, da damit die Möglichkeit besteht, Mittel aus mehreren Quellen zu kombinieren. Als integrierte Investitionsstrategie (oder „Miniprogramm“) kann eine ITI verschiedene Arten funktionaler urbaner Gebiete einbeziehen, von einer Nachbarschaft oder einem Stadtviertel bis hin zu größeren Gebieten wie Stadtregionen oder Großräumen einschließlich der umliegenden ländlichen Gebiete. Um sicherzustellen, dass die Investitionen aus einer ITI auf eine ergänzende Art und Weise durchgeführt werden, sollten Verwaltung und Umsetzung (ganz oder teilweise) in einer Hand liegen, zum Beispiel bei einer lokalen Behörde. Die Kommission schlägt vor, mindestens 5% der EFRE-Finanzmittel, die jedem Mitgliedstaat zugeteilt werden, für städtische Entwicklungsmaßnahmen durch ITIs bereitzustellen, wobei die Verwaltung bei den Städten liegen sollte (siehe Artikel 99 des Entwurfs zur Allgemeinen Verordnung).

Drittens können von den Gemeinden ausgehende lokale Entwicklungsmaßnahmen als Werkzeug genutzt werden, um nachhaltige Stadtentwicklung umzusetzen. Integrierte gebietsbezogene Strategien, die von lokalen Bürgerinitiativen – bestehend aus Vertretern der Öffentlichkeit, der Zivilgesellschaft und Privatpersonen, auch einfachen Bürgern – entwickelt und umgesetzt werden, können ein internes Potenzial, mobilisieren und für lokale Eigenverantwortung bei den Maßnahmen sorgen (siehe Artikel 28 bis 31 des Entwurfs zur Allgemeinen Verordnung).

Zu guter Letzt kann eine nachhaltige Stadtentwicklung durch Finanzinstrumente unterstützt werden (siehe Artikel 32 bis 40 des Entwurfs zur Allgemeinen Verordnung). Ergänzend zur finanziellen Unterstützung können Finanzinstrumente eine Reihe von Vorteilen bieten, ganz besonders im Zusammenhang mit knappen öffentlichen Mitteln, die für die vermehrten Investitionsbedürfnisse der Städte nicht ausreichen, zum Beispiel durch die langfristige Wiederverwendung von Mitteln, eine Hebelwirkung bei der Erschließung zusätzlicher Mittel, die Bündelung von Fachwissen und zusätzliche Anreize für eine effizientere Ressourcennutzung.



# FÜNF JAHRE **REGIOSTARS** – EINE ERFOLGSGESCHICHTE



**Seit 2008 ist es das Ziel von RegioStars – der Auszeichnung für innovative Projekte – gute und innovative Beiträge, die durch die Kohäsionspolitik der Europäischen Union finanziert werden, zu finden, bekannt zu machen und zu verbreiten.**

Seit 2008 ist es das Ziel von RegioStars – der Auszeichnung für innovative Projekte – gute und innovative Beiträge, die durch die Kohäsionspolitik der Europäischen Union finanziert werden, zu finden, bekannt zu machen und zu verbreiten.

In den ersten fünf Jahren dieser Auszeichnung gingen beeindruckende 377 Bewerbungen in den verschiedenen Kategorien ein. 286 Vorschläge kamen aus verschiedenen Themenbereichen, einschließlich Umwelttechnologien und wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit, 91 entfielen auf die Kategorie Information und Kommunikation.

Im Laufe der Zeit folgte die Generaldirektion Regionalpolitik (GD Regio) der Europäischen Kommission unterschiedlichen Ansätzen bei der Einteilung der Kategorien. Die neueste Vorgehensweise in den Wettbewerbszeiträumen 2012 und 2013 verbindet die Kategorien mit bestimmten Themen der Ziele der Strategie Europa 2020 zu intelligentem, nachhaltigem und integrativem Wachstum.

Um die Qualität der ausgewählten Projekte sicherzustellen, zieht GD Regio jedes Jahr unabhängige Experten aus den verschiedenen Bereichen zurate und legt bei den Auswahlkriterien den Schwerpunkt auf die Auswirkungen der Projekte.

Für die **RegioStars-Verleihung 2012** ging bei der GD Regio die Rekordzahl von 107 Anträgen ein. Die Jury hat zunächst die Aufgabe, die Finalisten festzulegen. Für die GD Regio ist diese Auswahl der wichtigste Schritt, da so eine Liste mit ausgewählten Projekten entsteht, welche die verschiedenen politischen Antworten, die auf eine bestimmte Herausforderung gefunden werden können, widerspiegelt. Darüber hinaus kann sich die Jury so eine kleinere Anzahl an Projekten genauer ansehen, was die endgültige Wahl der Gewinner sehr erleichtert. Für den Wettbewerb 2012 erhalten die

Finalisten am 14. Januar 2012 die Gelegenheit, der Jury ihre Projekte öffentlich zu präsentieren, ehe dann im Juni 2012 die Gewinner verkündet werden.

Der Aufruf zu den **RegioStars 2013** durch die Kommission erfolgte ungewöhnlich früh, nämlich bereits auf den OPEN DAYS 2011, einer jährlichen Veranstaltung, bei der Städte und Regionen ihr Wachstums- und Beschäftigungspotenzial und ihre Fähigkeit, die EU-Kohäsionspolitik umzusetzen, präsentieren können. Dies ist auf die Entscheidung zurückzuführen, den jährlichen Zeitplan zu ändern, um den größtmöglichen Nutzen aus der Auszeichnung ziehen zu können und RegioStars für die Regionen und Programme attraktiver zu machen, indem den Finalisten die Möglichkeit eingeräumt wird, ihre Projekte auf den nächsten OPEN DAYS vorzustellen. **Die Antragsfrist für die RegioStars 2013 endet am 20. April 2012. Die Kategorien sind:**

#### **1. INTELLIGENTES WACHSTUM:**

Verbindung der Universitäten mit regionalem Wachstum

#### **2. NACHHALTIGES WACHSTUM:**

Unterstützung der Ressourceneffizienz bei KMU

#### **3. INTEGRATIVES WACHSTUM:**

Soziale Innovation: kreative Antworten auf soziale Herausforderungen

#### **4. CITYSTAR WACHSTUM:**

Integrierte Ansätze einer nachhaltigen Stadtentwicklung

#### **5. INFORMATION UND KOMMUNIKATION:**

Unterstützung der EU-Regionalpolitik durch kurze Videos

#### **Weitere Informationen finden Sie auf der RegioStars-Internetseite:**

[http://ec.europa.eu/regional\\_policy/cooperate/regions\\_for\\_economic\\_change/regiostars\\_en.cfm](http://ec.europa.eu/regional_policy/cooperate/regions_for_economic_change/regiostars_en.cfm)

**Oder tauschen Sie sich online über Regio Network 2020 aus, eine Onlineplattform, die Vertretern der europäischen Regionen und allen, die an der EU-Regionalpolitik interessiert sind, die Zusammenarbeit erleichtern soll:**

<https://webgate.ec.europa.eu/regionetwork2020/node/9315> (suchen Sie in den Foren)

# SOZIALE MEDIEN IN DER EU-KOHÄSIONSPOLITIK

## Das Aufkommen der sozialen Medien wie YouTube, Facebook und Twitter hat die Kommunikationslandschaft in den letzten 5-10 Jahren radikal verändert.

Das Internet hat in den meisten EU-Mitgliedstaaten die gedruckten Medien bereits als zweitwichtigste Informationsquelle für das aktuelle Zeitgeschehen überholt; an erster Stelle steht immer noch das Fernsehen, wobei das Publikum aufgrund der wachsenden Vielfalt der Kanäle zunehmend fragmentiert ist.

Während traditionelle Medien ihr Publikum oft als passive Konsumenten von Informationen behandelt haben, ermöglichen es soziale Medien den Menschen, durch „Gefällt mir“-Schaltflächen, Kommentare und das Weiterleiten von Inhalten, selbst aktiv zu werden. Soziale Medien haben auch die Veröffentlichung deutlich erleichtert, da jeder über Blogbeiträge, Twitter-Nachrichten und Postings Nachrichten über Ereignisse, die er erlebt hat, sofort verbreiten kann.

Regierungen, Unternehmen und internationale Organisationen wenden sich zunehmend den sozialen Medien zu, um ein neues Publikum anzusprechen, Informationen zu sammeln und Feedback zu Maßnahmen, Produkten oder Dienstleistungen zu erhalten. Auch am Arbeitsplatz halten soziale Netzwerke und Interaktionswerkzeuge zunehmend Einzug, da so die interne Kommunikation verbessert, die Mitarbeiterzufriedenheit erhöht und die Produktivität gesteigert werden soll.

Viele Städte und Regionen haben soziale Medien heute bereits in ihren Kommunikationsmix integriert, um die neuesten Informationen zu lokalen Dienstleistungen zu verbreiten, Feedback und Vorschläge der Bevölkerung einzuholen und Touristen und Investoren anzulocken.

Auch die Europäische Union verschließt sich diesem Trend nicht. Die Institutionen, politischen Vertreter, Kampagnen und Dienstleistungen der EU sind heute in den wichtigsten sozialen Medien vertreten, unter anderem auf YouTube, Facebook und Twitter.

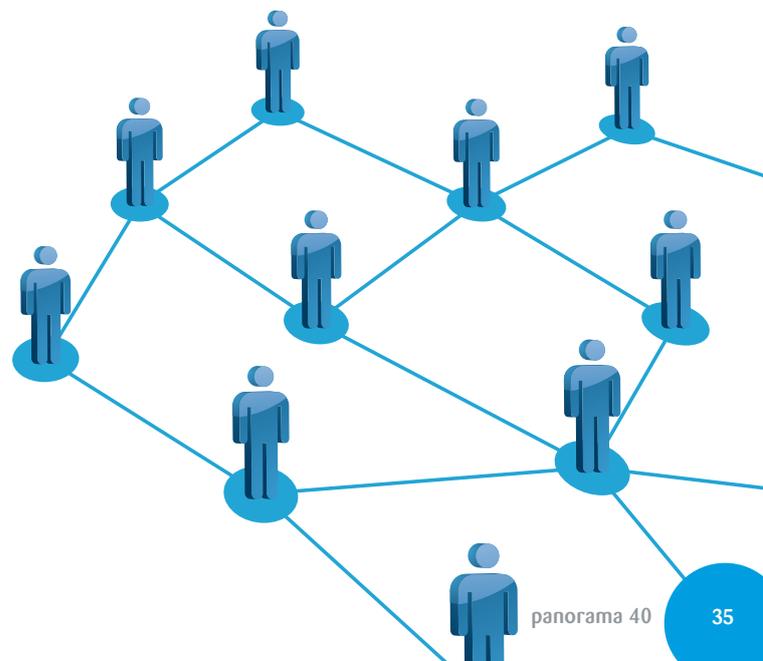
Im Bereich der EU-Regionalpolitik hat die Europäische Kommission eine eigene, genannt RegioNetwork 2020 professionelle Netzwerkplattform eingerichtet ([www.regio-network2020.eu](http://www.regio-network2020.eu)). Auf dieser Plattform können die Nutzer Themengruppen einrichten oder welchen beitreten, an Diskussionen und Livechats teilnehmen sowie Beispiele für eine vorbildliche Praxis, Videos und Fotos mit anderen teilen.

Die Kommission nutzt Twitter (@EU\_Regional), um regelmäßig Informationen über Veranstaltungen, Neuigkeiten, Projektbeispiele und politische Entwicklungen zu verbreiten. Auf Flickr wurden Fotos von den OPEN DAYS 2011 eingestellt. Über 1 000 Bilder wurden hochgeladen und mehr als 40 000 Mal angesehen.

Die Kommission arbeitet außerdem über das INFORM-Netzwerk mit den Kommunikationsbeauftragten der Regionen und Verwaltungsbehörden der ganzen EU zusammen. Dieses Netzwerk soll als Treffpunkt für Kommunikationsbeauftragte, Projektmanager und all diejenigen dienen, die daran interessiert sind, Informationen über die Kohäsionspolitik bereitzustellen. Die Kommission hofft, durch die Zusammenarbeit mit ihren Partnern in den Regionen das Potenzial der sozialen Medien zur Stärkung der Kommunikation über die Wirkung regionaler EU-Investitionen vollständig ausschöpfen zu können.

**Eine vollständige Liste der EU-Konten bei sozialen Medien finden Sie unter:**

[www.europa.eu/take-part/social-media/](http://www.europa.eu/take-part/social-media/)



## TERMINE

**16. FEBRUAR 2012**

Europäisches Städteforum

Brüssel (BE)

**14. JUNI 2012**

Auszeichnung RegioStars

Brüssel (BE)

**14.-15. JUNI 2012**

Konferenz Regionen für den wirtschaftlichen Wandel

Brüssel (BE)

**2.-3. JULI 2012**

2. Forum für Regionen in äußerster Randlage

Brüssel (BE)

**8.-11. OKTOBER 2012**

OPEN DAYS

Europäische Woche der Regionen und Städte

Brüssel (BE)

Weitere Informationen zu diesen Veranstaltungen finden Sie auf unserer Info-regio-Website in der Rubrik „Agenda“:

[http://ec.europa.eu/regional\\_policy/conferences/agenda/index\\_de.cfm](http://ec.europa.eu/regional_policy/conferences/agenda/index_de.cfm)

In der 40. *Panorama*-Ausgabe konnten Sie sich ausführlich zu den Vorschlägen der Kommission zur Kohäsionspolitik nach 2013 informieren.

Wenn Sie uns Ihre Ansichten darüber mitteilen möchte, welche Auswirkungen diese Pläne auf Ihre Region oder Ihre Interessen haben werden, oder wenn Sie Fragen dazu haben, setzen Sie sich mit uns unter dieser Adresse in Verbindung:

**[regio-panorama@ec.europa.eu](mailto:regio-panorama@ec.europa.eu)**

# VERLEIHEN SIE IHRER STIMME GEHÖR

ISSN 1608-3881

© Europäische Union, 2011

Die Vervielfältigung ist bei Erwähnung der Quelle gestattet.



■ Amt für Veröffentlichungen

Europäische Kommission, Generaldirektion für Regionalpolitik, Referat Kommunikation, Information, Beziehungen zu den Drittländern, Raphaël Goulet

Avenue de Tervueren 41, B-1040 Brussels

E-mail: [regio-info@ec.europa.eu](mailto:regio-info@ec.europa.eu)

Internet: [http://ec.europa.eu/regional\\_policy/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/regional_policy/index_de.htm)